

Erscheint täglich außer Montag, Abonnements-Preis für Berlin...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepalte Wetzelle...

Zerensprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 3. April 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat März gingen bei der Parteikasse folgende Beträge ein:

- Nelzen 10 M., Frankenhäuser i. Th. 20, Die vier alten Berliner 192,05, Sphing 691,90, Groß-Ruheim 35, Mannheim 25, IV. Berliner Wahlkreis, Osten 150, Vertrauensmann im Osten Berlins 80, M. Z. 159,70, Forst i. P. 100, Ramm im Mond 3002,30, Finsterwalde 6, Oberlungwitz i. S. 25, Fassadenputzer vom faulen Bau in Schönberg 3,50, Hölzle 11,95, W. Moabit 45, VI. Berliner Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt 200, VI. Berliner Wahlkreis, Cranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 435, III. Berliner Wahlkreis 200, III. Berliner Wahlkreis (alt) 100, III. Berliner Wahlkreis, auf Eisten 74,50, M. Z. Berlin 3, Hannover 300, Sodenheim 22,15, S. P. Berlin 34,95, Grätrath 4,10, Rauen 10, Greiz 100, VI. Berliner Wahlkreis Rosenthaler Vorstadt 174,65, A. J. Berlin 6, Ziegenhals 5, Giesen 10, Thal-Pforzheim 10, Braunschweig 200, Die vier Alten Berlin, Osten 110,55, H. Burgstadt i. S. 19,65, Annaberg i. B. 10, Durlach i. B. 25, Sudenburg 50, Auktion bei Schramm, Kastanienallee Berlin 6,30, Proffiten 20, Wahlkreis Banzleben 200, Dr. Br. Berlin 50, V. Berliner Wahlkreis 200, Lausitz 5, Hainichen 10, Arnstadt 20, Reichenbach i. Schl. 10, Burg-Reinsfurt i. B. 10, Forchheim 20, Langensfelde 9, Spandau Juliussturm 25, Neuchâtel Spandau Juliussturm 80, B. M. B. 10, Kottbusser Genossen 30, Bochum 36,40, Volkmarndorf-Leipzig 40, Wahlkreis Altenburg 50, Personal der Gutmacher-Genossenschaft Berlin 50, Wieder bei Offenbach a. M. 25, Ohlau i. Schl. 25, Pforzheim 20, P. S. 50, A. B. 150, Sule, Ritterstr. 47, Berlin 24,10, IV. Berliner Wahlkreis 357,50, 2. durch Wette, Berlin 15,70, M., Maskenfest Berlin 11, Bodenleger 4,50, Wachsen 40, Damm i. B. 5,03, Schwelm 75, Wahlkreis Offenbach-Dieburg 25, Mannheim 4,15, Neuschönefeld-Leipzig 25, I. Berliner Wahlkreis 150, Von der Vading'schen Werkabteilung 15, Görlitz 22,80.

Für die Weber im Culengebirge gingen ein: Von Ab. S., Berlin 9,30 M. und 9,25 und P. R., Dresden 5,30.

Wir richten an die Parteigenossen das Ersuchen, mehr als bisher die Parteikasse zu unterstützen. Ein Blick in die bisher veröffentlichten Listen zeigt, daß ein großer Theil der Orte, darunter sehr bedeutende, nur in geringem Maße und theilweise gar nicht, seinen Pflichten gerecht geworden ist.

Berlin, den 2. April 1891.

Für den Parteivorstand:

A. Bebel, Gr. Dörfchenstr. 22 a.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

126

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichel.

Stasi fuhr erschrocken zurück. Ambros tröstete sie; sie sei seine Braut vor den Lebendigen und den Todten und er fragte den Alten herausfordernd, ob er etwas dagegen einzuwenden hätte? Seine Schwester müßte froh sein, daß die Stasi nicht verfallen ist, sondern Eimen hat, der fester zu ihr steht, als Tu es auf Deinen alten Beinen kannst, alter Ohm!

Aber jetzt muß ich zu meinen Leuten, die sich wundern werden, daß sie noch nichts von mir zu sehen gekriegt haben, fuhr Ambros fort. Adjes, herzlichster Schatz! Jetzt sind wir Brautigam und Braut!

Stasi warf sich mit flammendem Anliß vor dem Kreuzigt an der Wand nieder und betete aus durchstürmter Seele um Vergebung ihres Wortbruches und ihrer Liebe. Auf dem Klosterhofe hatte Lisei schon mehrere Male

Der Normal-Arbeitsstag in seinen Wirkungen auf die Produktion.

In wenigen Tagen wird der Reichstag wieder zusammentreten, um die Verathung der Arbeiterschutz-Vorlage fortzusetzen.

Obgleich der Entwurf der Reichsregierung eine Regelung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter im Gegensatz zu den Versprechungen des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 nicht enthält, so wird doch die Frage des Normal-Arbeitstages den Reichstag noch beschäftigen, denn die Vertreter der Sozialdemokratie werden dem Reichstage die Stellungnahme zu dieser wesentlichsten Bestimmung jedes ernsthaften Arbeiterschutzes nicht erlassen können, wenn sie auch überzeugt sind, daß die geschlossene Mehrheit des Reichstages in ihrer kurzfristigen Klassenpolitik ihre Anträge auf Fixirung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter ablehnen und damit die deutschen Arbeiter wieder einmal befehlen wird, daß keine der bürgerlichen Parteien gewillt ist auch noch so begründeten Forderungen der Arbeiterklasse entgegenzukommen.

Man wird wiederum das alte Lied hören, daß im Interesse der Freiheit der Arbeiter, des Nationalwohlstandes und der Erhaltung unserer Stellung auf dem Weltmarkte eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit nicht zugestanden werden dürfe. Die Konkurrenz mit dem Auslande würde eine derartige Einschränkung der heimischen Produktion gefährden, werden unsere „Sozialreformer“ freisinniger, nationalliberaler, ultramontaner und konservativer Parteistellung betonen.

Als rechtzeitige Antwort auf diese Einwendungen „bewährter Arbeiterfreunde“ erscheint soeben ein vortrefflicher Aufsatz des eidgenössischen Fabrikinspektors Dr. Fridolin Schuler über den Normal-Arbeitsstag in seinen Wirkungen auf die Produktion. Wir beeilen uns den Inhalt dieser reichhaltigen Abhandlung unseren Lesern vorzuführen. Die schweizerischen Fabrikinspektoren erhielten schon vor 9 Jahren den Auftrag, möglichst genaue Erhebungen über den Einfluß des elftündigen Normal-Arbeitstages auf die Produktion zu machen. Nach längeren Erfahrungen kamen die Fabrik-Aufsichtsbeamten zu der Ueberzeugung, daß die Baumwoll-Spinnereien, Zwirnereien und Webereien, sodann die Fabriken, welche leichte einfache Seidengewebe her-

\*) Abgedruckt im 1. Hefte des 4. Bandes von Heinrich Braun's Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik (Seite 82 bis 103) Berlin, Verlag von J. Cottaentag.

stellen, endlich auch die Maschinenfabriken die genauesten Ergebnisse für die gewünschte Untersuchung bieten werden. Auf diese Industriezweige beschränken sich denn auch größtentheils die gemachten Erhebungen. Die nöthigen Angaben zu erlangen war nicht leicht, da die Unternehmer diesen Untersuchungen vielfach passiven Widerstand entgegensetzten.

Als der Kanton Glarus als erster Staat sich anschickte, es war im Jahre 1872, den elftündigen Normal-Arbeitsstag einzuführen, da erklärten die Unternehmer, daß mit der Reduktion der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden eine Verminderung der Produktion von 8 1/2 pCt. und eine Vertheuerung des Produktes um 11-12 pCt. parallel laufen müsse, sie machten damit denselben Einwurf wie die englischen Unternehmer und diesen dienstfertigen Oekonomen, als man in jenem Lande eine einschneidende Aenderung in der Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen plante. Trotz dieser Einwürfe wurde aber der Maximal-Arbeitsstag von 11 Stunden im Kanton Glarus eingeführt und auch durchgeführt, aber die befürchteten Folgen stellten sich nicht ein. Als schon nach 2 Jahren der Bundesrath eine Anfrage über die Ergebnisse des Normal-Arbeitstages an die Unternehmer-Korporationen des Kantons Glarus richtete, mußte die Handelskommission von Glarus antworten:

Der günstige Einfluß dieser Bestimmungen (nämlich des elftündigen Arbeitstages) ist unverkennbar. Seit der Verminderung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden macht sich eine größere Frische der Arbeiter bei ihrer Beschäftigung bemerklich, so daß der Ausfall von 1/3 der Arbeitszeit nach Aussagen von Fabrikbesitzern und Direktoren nicht die der Zeit nach erwartete Verminderung in der Produktion zur Folge gehabt hat. Der Widerstand, den unser Fabrikgesetz anfänglich, besonders bei den Herren Fabrikanten gefunden, hat allmählig der Einsicht Platz gemacht, daß ihre Interessen dadurch bei weitem nicht so verletzt worden sind, wie sie im Anfang befürchteten. Manche Industrielle würden die alte Ordnung der Dinge nicht mehr zurückwünschen.

Und der Glarner Börseverein antwortete am 12. August 1874:

... Gleichwohl ist man hierorts grundsätzlich mit der Einführung der Maximal-Arbeitszeit von 11 Stunden einverstanden. ....

Eine genaue Untersuchung über die Produktion einer großen Spinnerei im genannten Kanton ergab folgendes Resultat: Während im Jahre 1871/72 bei zwölfstündiger Arbeitszeit und im Jahre 1872/73 nur bei elfstündiger gearbeitet wurde, lieferte die Fabrik im letzten Jahre doch 99,15 pCt. von dem, was sie bei der längeren Arbeitszeit im vorausgegangenen Jahre produziert hatte, demnach war der Ausfall nicht 8 1/2, sondern nur etwas

kam er dazwischen immer wieder auf die Zeit seiner Abwesenheit von Hause zu sprechen, bald durch eine Frage nach den Vorgängen auf dem Hofe, bald durch eine Bemerkung über die Gefangenschaft. Sie lag ja nun hinter ihm und in dem Frohgefühl darüber erschien ihm manches in einem komischen Lichte, selbst seine Langeweile, und der Humor, mit dem er sie schilderte, machten seine Zuhörer oftmals lachen. Auch der Klosterbauer konnte gelegentlich ein Schmunzeln nicht unterdrücken und in seinen stählernen Augen gewann mehr und mehr der Stolz auf Ambros die Oberhand. Wenn man dem Burschen zuhörte, war es ein Vergnügen, eingesperrt zu sein und nichts lustiger als der Verdruß, mit dem er den Leuten, die mit ihren Kühen, Pferden, Schweinen, Ziegen aus dem Thale nach dem Brunnener Markte, der unmittelbar nach der Kornente stattgefunden, gezogen waren, von seiner festen Burg aus nachgeschaut haben wollte.

„Ja,“ sagte der Klosterbauer, indem er die Augen schlaun zusammendrückte und schmunzelte, „ich hab' in Brunned auch an Dich gedacht, und auch was mitgebracht hab' ich Dir.“

„Was denn?“ fragte Ambros und der Vater versetzte, indem er dem Kuhbuden einen Wink gab, das Dankgebet zu sprechen: „Im Stall steht's.“ Er schmunzelte auch behaglich, als er sich darauf zur Mittagsruhe in den Sorgenstuhl setzte, dessen Lederbezug von Alter und Gebrauch schwarz und blank geworden war.

Ambros war unterdessen dem Großknecht gefolgt, der ihn nach dem Pferdehale führte. „Das ist's,“ sagte hier der Großknecht und klopfte einem Apfelschimmel auf den prallen Schenkel. Es war ein kräftiges Gebirgspony, das bei der Lieblosung mit leisem Schnauben sich umschaut.

über 7/8 pCt., also nicht einmal ein Cstiel des gefürchteten Minus.

Aber auch aus Etablissements, in welchen früher der 11 Stundentag als ein Unglück für die Industrie betrachtet worden war, trat eine Wendung der Ansichten ein. So erklärte 1880 einer der Leiter einer hervorragenden großen Spinnerei dem Fabrikinspektor Schuler, sein Ideal sei nach gründlichem Studium der englischen Verhältnisse geworden: keine längere Arbeitszeit als 11 Stunden, innerhalb dieser eine möglichst beträchtliche, durch verbesserte maschinelle Einrichtungen ermöglichte Mehrleistung der Arbeiter mit proportional erhöhten Löhnen, so daß die Arbeiter sich besser nähren und infolge dessen leistungsfähiger werden können. Sein Ziel, fuhr er fort, sei theilweise durch Einführung größerer Maschinen erreicht, theils durch einen um 12 pCt. schnelleren Lauf auch der alten Maschinen, anfangs unter allgemeiner Protestation, gegenwärtig aber zu großer Zufriedenheit der Arbeiter. Er wies nach, daß in besteingerichteten englischen Spinnereien trotz einer gegenüber der 65 stündigen schweizerischen Arbeitszeit um 9 Stunden kürzere Dauer der Arbeit und trotz fast doppelt so hohen Löhnen der englischen Arbeiter der auf eine Gewichtseinheit Garn entfallende Arbeitslohn um ein wenig geringer sei als in der Schweiz, daß also die Leistungsfähigkeit der weit besser genährten englischen Arbeiter eine doppelt so große sei.

Zu einer Ueberraschung stellte man unserem Gewährsmann aus einer Zürcherischen Spinnerei, mit Handspinnstühlen Nr. 100—120 herstellend, folgende, ebenfalls ganz zu Gunsten des elfstündigen Arbeitstages sprechende Tabelle zu, die so konstruirt war, daß für 4 ganz zufällig herausgegriffene Spinner der Lohnbetrag für je zwölf Wochen aus den Jahren 1877 mit 12 Stunden und 1881 mit 11 Stunden berechnet war. Es verdiente nach derselben bei gleichem Rohstoff, gleicher Betriebsweise und gleichem Fabrikat

	1877	1881
Nr. 1 per Tag	2,87	2,84
" 2 "	2,50	2,81
" 3 "	2,94	2,81
" 4 "	2,84	2,98
Alle 4 im Durchschnitt	2,78	2,81

In einer anderen Spinnerei mit Salfaktors, in welcher ebenfalls keine Veränderungen in Maschinerie, Rohstoff oder Garnnummern vorgenommen waren, ergab es sich, daß auf 10 000 Spindeln berechnet, produziert worden waren:

1876 und 1877 bei 12stünd. Arbeitszeit täglich	372,18 kg Garn
1879 " 1880 " 11 " "	389,88 " "

Die Maschinen meist ältere, hatte man schneller laufen lassen und lediglich damit und durch die vermehrte Thätigkeit der Arbeiter dieses günstige Resultat erreicht. Daß es aber vorwiegend auf letztere ankam, dürfte folgendes beweisen: dasselbe Geschäft arbeitete 1880 ein volles Vierteljahr lang eine Stunde Ueberzeit. Trotz dieser 9,1 pCt. Vermehrung der Arbeitszeit nahm das Quantum des produzierten Garnes nicht nur nicht zu, sondern um 0,9 pCt. ab. Eine Beobachtung, die übrigens nicht nur hier gemacht wurde. Namentlich in heißen, schlecht ventilirten Räumen werden die Arbeiter, nachdem sie einige Wochen mehr produziert, schlaff, nachlässig, das Produkt mindert sich, und es sind deshalb in der Schweiz manche Industrielle von einer lange dauernden Ueberzeitarbeit, auch wenn sie ihnen bewilligt wurde, ganz abgekommen. Aus seinem reichen Material hebt Fabrikinspektor Schuler zwei Fälle hervor, weil von zuverlässigen Leuten ausgehend, die aber dem Normal-Arbeitstag nicht sehr gewogen waren. Nach der einen Mittheilung hatte der nämliche Arbeiter, der unter der Herrschaft des zwölfstündigen Arbeitstages 87,80 Fr. in drei Bahlagungen = sechs Wochen

verdiente, im Jahre 1881 bei 11 Stunden an drei Bahlagungen 83,85 Fr., an drei andern 87,50 Fr., durchschnittlich 85,70 Fr., also eine Einbuße von 5 Pfg. per Tag oder 2 1/2 pCt. — Aus der andern Spinnerei wurde berichtet, daß von den Erwachsenen in 11 Stunden geleistet werde, was früher in 12, nicht aber von den Kindern. Zwei Arbeiter, beide seit mehr als neun Jahren hier als Spinner beschäftigt, nie wegen Krankheit oder Militärdienst abwesend, stets die gleichen Nummern in den gleichen Maschinen spinnend, verdienten 1877 bei zwölf Stunden 201,55 resp. 203,95 Fr. und 1880 bei 11 Stunden 223,75 resp. 233,70 Fr. bei gleichem Lohnsatz, aber besserer Baumwolle.

Sehr häufig meldeten namentlich große Spinnereien, daß durch Einführung des Prämien-systems für gute Leistungen das Produkt, welches bei Einführung des Gesetzes um 1/2 zurückgegangen, sich wieder um ein Bedeutendes gehoben habe. — Noch häufiger äußerten Arbeiter und Aufseher, daß sie ebensoviel verdienen wie zuvor und die zwölfstündige Arbeitszeit nicht zurückwünschten. Daß dies nicht nur bloße Phrase ist, beweist ein Vorkommniß der letzten Jahre in einer größeren Spinnerei. Derselben war bei strenger Kälte und infolge derselben in Aussicht stehendem Wassermangel Arbeitszeitverlängerung für einen Theil der Arbeiterschaft bewilligt worden. Aber als der Normal-Arbeitstag zu Ende war, vermochte kein Zureden der Aufseher die Arbeiter vom Weggehen abzuhalten, da sie auf bald eintretendes Thauwetter hofften. Erst als die Kälte blieb, waren sie ohne weiteres zur zugemutheten Ueberzeitarbeit bereit. Sie erachteten also die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Zweifel als nicht nutzbringend für sich selbst.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. April.

Erst in der nächsten Session soll dem Landtage die Vorlage über den Welfensfonds zugehen. Warum erst in der nächsten? Diese Frage leidet doch, dies ist heute jedermann klar, nicht den geringsten Aufschub. —

Die vom Reichskanzler-Kant beeinflusste „Politische Korrespondenz“ in Wien kündigt eine Mehrforderung von 850 000 M. für die Geheimfonds des Auswärtigen Amtes an. Uns erscheinen schon die bismarck bewilligten 48 000 M. zu viel. Wir bekämpfen überhaupt jede Geldbewilligung, über welche keine Kontrolle existirt. Unsere Abgeordneten werden gegen eine Erhöhung der Geheimfonds stimmen. Diese Frage aber mit dem Welfensfonds zu verquiden, geht nicht an. Wir wollen Teufel nicht durch Beelzebub antreiben lassen. —

Die „freisinnige“ „Berliner Abendpost“ schlägt vor, dem Herzog von Cumberland den Welfensfonds anzukuntzen. Dies geht nicht an. Der Welfensfonds gehörte doch nicht rechtlich der hannoverschen Königs-Familie; hatte diese früher den Nießbrauch davon, so wäre es doch thöricht, etwas, was dem hannoverschen Volke gehört hatte, jetzt einem im Auslande lebenden Privatmann zu schenken. Was expropriirt ist, soll es auch bleiben. Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken wird sich schon finden. Wünscht man vielleicht Vorschläge? Die wäre es etwa damit, daß man den Olypern der mißbräuchlichen Verwendung des Welfensfonds den Nießbrauch zuwieft? Da läme unsere Partei gut fort! —

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“, das süddeutsche Bismarckblatt, wundert sich, daß die Anfeindungen wegen der mißbräuchlichen Verwendung des Welfensfonds sich nicht gegen Herrn von Bötticher, den Empfänger der 350 000 M., sondern gegen den „so gut wie vogelfreien“ Fürst Bismarck, den „Vermittler des Geldes“, richten. Besonders glücklich ist dieser Versuch, die Verantwortung von den Schultern des früheren Reichskanzlers abzuwälzen, nicht. Sicherlich haben wir vor den Krüger, Stieber, Pindler und wie all' die Männer heißen, welche durch Bismarck

Zuwendungen aus dem Welfensfonds erhalten, keinen Respekt, aber die Verantwortung für die Vergabung von Staatsmitteln, für die dem Geiste und dem Inhalte des Gesetzes über den Welfensfonds widersprechende Verwaltung der konfiszirten Vermögenstheile des Welfenhauses fällt eben nach Inhalt und Geist des Gesetzes vom Jahre 1868 einzig und allein auf den Herzog von Lauenburg zurück. —

Von einem Vorgehen des Staatsanwalts gegen den Fürsten Bismarck verlautet noch immer nichts. Es ist dies um so unbegreiflicher, als die Thatsache der gesegneten Verwendung von Geldern des Reptilienfonds jetzt stillschweigend von der Reptilpresse des Schulbigen selbst zugegeben wird. Derselbe wird nicht nur nicht verfolgt, sondern läßt sich auch, mit eherner Stirn dem Urtheil der Welt trotzend, gerade im gegenwärtigen Moment von seinen Trabanten unter totem Klamm-Tamtam als Ausbund aller Tugenden preisen. Wahrhaftig, wir haben es weit gebracht in unserem sittenstrengen Deutschland. —

Eine allerliebste Auslegung des Ausdrucks: „sich etwas zu Schulden kommen lassen“, hat sich vor sechs Jahren, als er noch auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, der große Ex-Reichskanzler geleistet. In der letzten Nummer der „Post“ veröffentlicht Dr. Ferdinand Schult, Direktor des kgl. Kaiserin Augusta-Gymnasiums zu Charlottenburg, eine Unterredung, die er am 3. Mai 1885 mit dem Fürsten Bismarck gehabt hat. Im Verlaufe des Gespräches, durch welches Bismarck erfahren will, wie er am besten die ihm bei Gelegenheit seines Jubiläums zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellten Gelder zu Gunsten des höheren Lehrstandes verwenden könne, sagt derselbe: „Ich wünsche, daß die Zurückforderung (des Stipendiums) der Willkür entzogen werde, würde daher bestimmen, daß das einmal verliehene Stipendium nur entzogen werden dürfte, im Falle sich Jemand etwas zu Schulden kommen läßt, er also entweder ein Trinker, Spieler oder — Sozialdemokrat wird.“ Interessant sind solche Aussprüche, die einen kleinen Einblick in den Bismarck'schen Moralkodex gestatten, jedenfalls, besonders augenblicklich, da die ganze Welt erfahren, daß andere von den meisten Menschen unter die Rubrik: „sich etwas zu Schulden kommen lassen“, gerechnete Handlungen, nach Bismarck nicht dahin gehören — wenigstens nicht, soweit sie ihn und seine Freunde angehen. —

Im Namen von Hamburger Bürgern, ohne Unterschied der Parteilichkeit, hat Herr Börmann dem Fürsten Bismarck seine innigsten Glückwünsche dargebracht. Herr Börmann hat wohl vergessen, daß Hamburgs drei Wahlkreise von Sozialdemokraten vertreten sind. Die 60 000 sozialdemokratischen Wähler haben Herrn Börmann nicht das Recht gegeben, Bismarck zu beglückwünschen. Herr Börmann hätte sich begnügen sollen, im Namen von Hamburgs Börsenbesuchern, Großhändler, Exporteuren und Groß-Unternehmern dem ehemaligen Verwalter des Welfensfonds zum Geburtstag zu gratuliren. Dagegen hätte niemand etwas einzuwenden gehabt. —

Herr von Bleichröder hat Bismarck auch zu seinem Geburtstag beschenkt. Das ist schön. Bismarck hat sich auch große Verdienste um die hohe Finanz erworben. —

Ueber Herrn Jerusalem und seinen sozialdemokratischen Kutscher erzählt die „Nordsee-Zeitung“ folgende heitere Geschichte: Die auf vergangenen Sonnabend in Stotel anberaumte Wahlversammlung der Nationalliberalen, in welcher Herr Dr. Jerusalem reden wollte, hat nicht stattgefunden, weil Herr Dr. Jerusalem aus unbekanntem Gründen der Versammlung fern blieb. Es stellte sich heraus, daß Dr. Jerusalem einen sozialdemokratischen Kutscher gehabt hat, der die Absicht des Fahrgastes gekannt und ihn nach Müdel statt nach Stotel gefahren hatte. —

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt in der Aeußerung unseres Genossen Liebknecht, die derselbe auf dem

\*) Unser Chefredakteur ist noch nicht aus Sachsen zurückgekehrt, er hat im Anschlusse an die Landesversammlung unserer sächsischen Genossen seinen Landtagswähler-Rechenhaft abgelegt und hält heute und morgen in Leipzig Versammlungen ab. Da uns aber Liebknecht schon vor seiner Abreise Mittheilung gemacht hat, daß er die vom „Berl. Tageblatt“ sensationell aufgearbeitete Aeußerung thun werde, sind wir vollumfänglich berechtigt, obenstehende Erklärung abzugeben. Die Redaktion des „Vorwärts“.

Ambros betrachtete und untersuchte es mit Rennermeine und der Knecht lobte, daß es so sicher ginge, wie eine Rahe auf einem Dachfirst. Der Bauer hätte es billig erstanden. Es wären überhaupt wenig Käufer in Bruned gewesen, fügte er hinzu, aus Oesterreich und dem Reiche draußen hätten sie ganz gefehlt und daher Mancher sein Vieh unverkauft wieder nach Hause treiben müssen.

Dann ist's wohl nicht so lustig wie sonst dort gewesen? fragte Ambros, indem er dem Apfelschimmel das Maul öffnete und die Zähne untersuchte.

Der Großknecht schüttelte verneinend den Kopf. Alle Welt hätte über die theure Zeit geklagt und daß kein Geld zu kriegen wäre. Und sie würde noch schlechter werden, hat es geheißt, fuhr er fort und lehnte sich mit beiden Armen auf den Rücken des Pferdes. „Es ist viel davon geredet worden, daß wir noch mehr Steuern zahlen sollen und daß eine neue Getränkesteuer soll aufgelegt werden.“

„Oho!“ rief Ambros und der Andere sagte: „Ja! Und da hat Jeder noch mal rechtchaffen sich satt trinken wollen, die weilen der Wein und Schnaps noch billig sind; aber lustig ist Keiner dabei geworden. Den Bayern und Franzosen mögen da wohl die Ohren geklungen haben; denn sie sind doch an Allem schuld. Absonderlich in dem Peter Hueber seiner Wirtschaft, da ist es immer wie in einem Bienenkasten aus- und eingegangen und hat Einer vor Summen sein Wort nicht hören können. Ist aber kein Lachen und Singen gewesen. Unten in dem gewölbten Hausraum, in den Schenktuben und auch auf dem Tanzboden über zwei Stiegen, da hat Einer kaum einen Platz kriegen können. Der Peter Hueber ist aber auch ein Mann, der Bescheid weiß in der ganzen Welt und besser noch, sagen sie, als es in den Zeitungen geschrieben steht. Ja, der ist geschneidert und auf sein Wort kann Einer getrost ein Haus bauen.“

„Ich kenn' ihn schon,“ schaltete Ambros ein und ließ noch einmal das Auge wohlgefällig über das neu erstandene Thier gleiten.

„Ja, wer kennt ihn nicht?“ fragte der Großknecht. „Der Hofier vom Sand im Passier kam nicht bekannter

sein im ganzen Land, als es der Peter Hueber hier herum ist in allen Thälern. Wenn das aber wahr ist von dem neuen Steuer, wo soll da Unserens für seine paar Kreuzer noch zu einem guten Trunk kommen? Das Wetter soll die sakrischen Bayern erschlagen.“

Ambros klopfte dem Schimmel lachend den Hals und verließ den Stall. Draußen dehnte und redete er seine kräftige Gestalt und betrachtete nachdenklich die Faden und Schrossen, die in der klaren, schon herbstlich gekönten Luft mit scharfen Linien über den Wäldern standen. Er dachte aber weder an die neue Getränkesteuer, noch an die Bayern, sondern daß jetzt die Zeit wäre, auf Gemfen zu pürschen, und überlegte, ob er nicht Sampogna, das Gamsmännl, auffordern sollte, morgen in der Frühe mit ihm ins Hochgebirge zu steigen. Er sprang auf seine Stube und änderte sich die lang entbehrete Tabakspfeife an, um das Gamsmännl in Monthan aufzusuchen. Als er wieder herunterkam, trat auch der Klosterbauer eben aus seiner Stube und beide verließen zusammen das Haus. Der Alte erkundigte sich nach Ambros' Vorhaben und nachdem er es erfahren, äußerte er:

Kann's mir schon vorstellen, daß Dich's nach einer rechtchaffenen Bewegung verlangt, nachdem Du so lang still gelegen hast. Jetzt, was sagst zu dem Schimmel?

Die Antwort erwartend, stellte er sich breitbeinig hin. Ambros lobte das Pferd und meinte: „Mit so einem Gespann, da könnt' Einer sich schon sehen lassen vor den Leuten.“

„Das will ich meinen,“ nickte der Klosterbauer und mit einem lauernden Blicke fuhr er fort: „Wenn Du zweispännig fahren willst, wäre wohl Rath zu finden. Zu St. Georgen im Tausersthal, da soll ein Apfelschimmel zu haben sein, der zu dem untrigen paßt, wie ich in Bruned gehört hab'. Kömtest ja mal hin und ihn Dir ansehen; das kostet nichts.“

„Das wäre!“ rief Ambros erfreut. „Da will ich doch gleich nächsten Sonntag nach St. Georgen. Wer ist denn der Eigenthümer?“

„Eckslager heißt er und ist der reichste Bauer von

St. Georgen. Wir sprechen schon noch weiter darüber. Will Dich jetzt nicht weiter aufhalten.“

Er nickte Ambros mit zusammengedogenen Augen zu und wandte sich nach der Ferne, woher der Laßschlag des Dreischlegels klang. Um seinen breiten Mund lag wieder das Schmunzeln, wie am Mittage.

Das Gamsmännl, welches Ambros am Schabebock beschäftigt fand, Hiegenfelle von den Haaren zu befreien, war ein zu leidenschaftlicher Jäger, um nicht auf dessen Vorschlag sofort einzugehen, und es wurde zwischen ihnen verabredet, daß sie sich am nächsten Morgen um zwei Uhr bei dem monthaner Kapellchen treffen wollten. Sampognas's Oberberei war bahabwärts das letzte Haus im Orte. Auf der Landstraße kam dem heimkehrenden Ambros ein Wagen entgegen, vor dem des Schneidmüllers Arigana Schweifschwanz trotierte. Der alte Müller selbst lenkte den Gaul und neben ihm saß seine Frau. Er hatte Geschäfte in Zwischenwasser und dorthin fuhr er.

„Schau, Schau, der Ambros!“ rief er schon von Weitem und hob den rechten Arm mit der Peitsche in die Höhe. Er hätte nicht nötig gehabt, seine Frau dadurch aufmerksam zu machen; denn sie hatte Ambros schon längst bemerkt und eine läche Röhre ihr Gesicht überzogen. Als jetzt ihr Mann anhielt und in seiner gutherzigen Weise Ambros zu seiner wiedererlangten Freiheit Glück wünschte, zeigten Astra's Mienen jene Laugigkeit, mit der man einem gleichgültigen Bekannten zu begegnen pflegt. Stumm und zerkürrt hörte sie der Unterhaltung der beiden Männer zu. Sie hatte sich auf ihren Sitz zurückgelehnt und ihre schönen Augen sahen bald auf das Pferd, das von Zeit zu Zeit mit Hinterfuß oder Schweif die Herbstfliegen von sich abwehrte, bald glitten sie über die Aecker, die, bereits frisch eingesät und eingegat, nun braun zwischen den noch grünen Wiesen lagen, oder sie verfolgten die ziehenden weißen Wölkchen. Kaum daß sie einmal lächlig über Ambros hinstrichen, der auf der Seite ihres Mannes stand und den rechten Fuß auf eine Speiche des Hinterrades gesetzt hatte. Ambros plauderte er mit dem gesprächigen Alten.

(Fortsetzung folgt.)

fächsischen Parteitag in Chemnitz an passant gethan, daß er das sächsische Landtagsmandat beibehalte, da vielleicht Familien-Verhältnisse seine Rückkehr nach Sachsen in einer späteren Zeit veranlassen könnten, eine „pitante Nachricht“ entdeckt zu haben. Das genannte Blatt zieht auch gleich Schlussfolgerungen aus der von Liebknecht angedeuteten Möglichkeit, indem es schreibt: „Siebt Liebknecht den Posten als Chefredakteur auf, so hat er auch aufgehört, Mitglied der Parteileitung zu sein.“

Wir haben darauf nur zu erwidern: Zunächst ist unser Genosse Liebknecht noch Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“ und nichts liegt vor, was zur Annahme berechtigt, daß in diesem Verhältnisse in absehbarer Zeit eine Aenderung eintritt. Sollten aber Familienverhältnisse unfreien alterproben und allzeit bewährten Vorkämpfer bestimmen, seinen Wohnsitz wieder nach Sachsen zurück zu verlegen, so gehört eben die Phantasie des „Tageblatt“ dazu, um aus diesem Domizilwechsel den Schluss zu ziehen, daß ein Austritt aus der Parteileitung die notwendige Folge sei. Wohnen etwa die Mitglieder der freisinnigen Parteileitung ausnahmslos in Berlin? Stauffenberg wohnt in Schwaben, Professor Hänel in Kiel, und bei anderen Parteien ist es ebenso. Warum sollte also bei uns Sozialdemokraten die Eigenschaft eines Parteileiters vom Wohnsitz in Berlin abhängig sein? —

Den **Bergarbeiter-Streit zu provozieren** scheint die Absicht der Kohlenbarone des Saarreviers zu sein. Sie sollen beabsichtigen, alle Bergleute zu entlassen, welche an den Versammlungen zur Vorbereitung des internationalen Kongresses theilgenommen haben. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so werden die Bergarbeiter den übermächtigen Unternehmern doch nicht den Gefallen thun, zu einer Zeit zu streiken, wo es den Millionären paßt; unsere Bergleute werden aber diese Maßregelungen nicht vergessen und zu der ihnen passend erscheinenden Zeit die Antwort darauf finden. —

In **Sachsen** verfolgt man mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, den schon früher von uns gekennzeichneten Plan, die Sozialdemokratie dadurch zu tödten, daß man ihr die Geldmittel abschneidet. Erst verbot man die Zellerksammlungen, dann das Erheben von Eintrittsgeld bei Versammlungen; und jetzt verbietet man sogar den Verkauf von Zulasskarten zu Versammlungen. Die Hausdurchsuchungen in Chemnitz, deren wir gestern erwähnten, hatten, wie wir nachträglich erfahren, darin ihren Grund, daß die Polizei den Verkauf von Karten zu einer Versammlung, in welcher Liebknecht seinen Landtags-Wählern Rechenschaft ablegen will, für eine geschwürdrige Umgehung eines Polizeiverbotes hielt. Die arme Sozialdemokratie! Sie wird jetzt in Sachsen gewiß verunglücken! Für die Ordnungsparteien, die sich ins fränkischen Lachen, hat die Sache aber auch ihre bedenklichen Seiten — wegen der Konsequenzen, da die Polizei doch für ordnungsparteiliche Einlasskarten keinen anderen Maßstab haben darf als für sozialdemokratische. Oder doch? —

Die ganz selbstverständliche Thatsache, daß die Sozialdemokratie aller Länder am 18. März d. J. wiederum, wie alljährlich seit 19 Jahren ihren Sympathien für die Pariser Kommune Ausdruck verliehen hat, wird von der Ordnungspresse aller Länder, und namentlich von der deutschen Bourgeois- und Reptilpresse zu den gemeinsten und zugleich albernsten Angriffen auf die Sozialdemokratie benutzt. „Da hat endlich die Sozialdemokratie ihr wahres Antlitz gezeigt!“ tönt es in wildem Getöse — „die gräulichen Verbrechen der Kommune — Brandstiftung, Geißel-Erschießung u. s. w. — werden als nachahmenswerthe Großthaten gepriesen!“

Nun, die Sozialdemokratie hat niemals ein anderes Antlitz gezeigt — hat niemals eine Maske vorgehabt. Die sogenannten „Verbrechen“ der Kommune aber sind ausnahmslos entweder bewusste Lügen unserer Feinde oder Wahngewürde der erhitzen Phantasie des Angstbürgerthums. Thatsache ist: in Paris war unter der Herrschaft der Kommune die Sicherheit des Eigenthums und der Person größer als vorher und nachher unter der Herrschaft der Ordnungsparteien; die Gebäude, welche in den letzten Tagen der Kommune zerstört wurden, sind entweder nothwendigen Verteidigungszwecken geopfert oder durch die Brandgeschosse der Versailler zerstört. Und was die Erschießung der Geißeln betrifft, so fand sie, wie schon seit länger als 19 Jahren allmählich festgestellt ist, und wie von dem damaligen amerikanischen Gesandten in Paris, Washburne, in dessen „Denkwürdigkeiten“ ausdrücklich bestätigt wird, erst nach dem Fall der Kommune statt, als jede geordnete Leitung aufgehört hatte, während die Erschießung der Generale Lecointe und Thomas, welche ebenfalls in der ordnungsparteilichen Lügen-Chronik der Kommune als furchtbares Verbrechen in die Schuhe geschoben wird, mehrere Tage vor Gründung der Kommune stattfand. Das Alles, wie gesagt, ist längst bekannt und über jeglichen Zweifel hinaus festgestellt. Trotzdem wurden dieselben stereotypen Lügen immer und immer wieder von unseren Gegnern aufgetischt, und werden wir für Greuel verantwortlich gemacht, für die nur unsere Gegner, welche sie erfunden haben, verantwortlich sind. Und ist einmal irgend ein bürgerlicher Journalist oder Gelehrter so ehrlich, der Wahrheit, wenn auch bloß theilweise, die Ehre zu geben, so wird er mit Roth beworfen oder zum Mindesten mit einem denunciationsreichen Rüssel bedacht. Man lese z. B. nachstehenden redaktionellen Erguß der „Magdeburger Zig.“, die noch relativ anständig ist:

Die Sozialdemokratie fährt also fort, die Arbeitermassen zu einer Wiederholung der Gräueltaten in den Monaten März, April, Mai 1871 anzuweisen, ganz im Sinne des Programmbriefes, der aus dem Nachlaß von Marx jüngst veröffentlicht wurde und in dem die Diktatur des Proletariats als das Zwischenstadium zwischen der heutigen und künftigen Ordnung der Dinge angekündigt war. Man darf sich übrigens über die Verherrlichung der Kommune durch die Sozialdemokraten nicht zu sehr wundern, wenn man in einem Artikel des Prof. Adler über die Kommune, der im 12. Heft des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften erschienen ist, liest: „Eine furchtbare Straßenschlacht entbrannt. Die Föderierten (die Kommune-Kämpfer) kämpften gegen die ungeheuren Uebermacht eines heftigen Verweigerungskampfs; sie setzten ingrimmig wie Männer, die an Rettung wie an Begegnung verzweifeln; mitunter auch geben sie mit lachendem Gleichmuth ihr Leben dahin, jenen nordischen Reden gleich, von denen uns in alten Sagen erzählt wird. Der Straßenkrieg wird auf beiden Seiten mit ungeheurer Grausamkeit geführt.“ Und am Schluß des Artikels heißt es: „Und so mag man nach diesen entsetzlichen Reheleien die Föderierten trotz der schweren und blutigen Verschuldungen, welche sie auf ihr

Haupt geladen und die sie so furchtbar gequält haben, denn noch bedauern, da sie ihrer subjektiven Ueberzeugung nach für das Vaterland zu streiten und zu leiden geglaubt haben. In der That, die Märtyrerglorie, welche die sozialdemokratische Legende um die Häupter der Kommune-Kämpfer gewoben hat, kann ihnen nicht zuerkannt werden.“ Der Artikel Adlers wird schwerlich dazu beitragen können, diese Legendenbildung zu zerstören.“

So die „Magdeburger Zeitung“. Um es ihr recht zu machen, hätte Prof. Adler wider besseres Wissen die Kommune-Kämpfer anschwärzen und belächeln müssen. Unsere Gegner scheinen es ganz vergessen zu haben, daß das „Lügen“ keine „geistige Waffe“ ist, und daß die Verleumdung eines besiegten Feindes zu allen Zeiten unter anständigen Menschen als ein Zeichen niedriger und niederträchtiger Gesinnung betrachtet worden ist.

Da wir uns gerade mit dem geistigen und moralischen Bankrott unserer Feinde beschäftigen, so sei noch nachstehender Notiz erwähnt, die jetzt durch sämtliche Ordnungsbücher der Rinde macht und der „Gothaer Zeitung“, wenn wir nicht irren einem Amtsblatte, entnommen ist:

„Gera, 29. März. In dem Jahresberichte der oberständischen Volksschule wird als „bemerkenswerthes Zeichen der Zeit“ erwähnt, daß sich um das vom Frauenverein für besonders bedürftige Schulkinder gestiftete Kräftel (Milch und Brot) ein sozialdemokratischer Arbeiter für seinen die Schule besuchenden Sohn mit der Begründung bewarb, daß er in den nächsten Tagen auf längere Zeit zu streiken beginne und dann wegen der erforderlichen Theilnahme an den künftigen Versammlungen nicht in der Lage sein werde, für den Unterhalt seiner sechs Kinder zu sorgen.“

Wir wissen nicht, ob das „bemerkenswerthe Zeichen der Zeit“ wirklich in dem erwähnten Schul-Jahresberichte vorkommt. Wenn es der Fall ist, dann muß der Verfasser des Berichts, falls er nicht ein gemeiner Lügner ist, ein bedauernswerther Schwachkopf sein, der sich von irgend einem Illpeter etwas hat aufbinden lassen. Daß aber sämtliche nationalliberale und konservative Blätter den Blödsinn für baaren Ernst nehmen, das ist allerdings „ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit“.

Dem „**Hannoverschen Courier**“ möchten wir empfehlen, den „Vorwärts“ stets zu lesen, bevor er gegen unsere Artikel polemisiert, damit er nicht wieder in die eigenthümliche Lage kommt, gegen Behauptungen zu polemisieren, welche gar nicht in unserem Blatte gestanden haben. Unanständig ist es, Dinge unter Anführungszeichen („“) zu bringen, die sich bei uns gar nicht finden; so behauptet das Blatt, daß wir schreiben, unser Artikel über die Gewerbe-gerichte käme von „hochgeschätzter Hand“, woraus gefolgert wird, daß er von einem Reichstags-Abgeordneten herührt; die Behauptung ist ebenso unwahr, wie die Folgerung. —

Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Stichwahl im bernischen Mittelland (Schweiz) erhielt der konservative Kandidat 6219 und Genosse Reichel 4022 Stimmen. Die Stimmengahlen im Amtsbezirk und in der Stadt Bern sind folgende: Amt Bern: Steiger 3622, Reichel 3706; Stadt: Steiger 2126, Reichel 3083. Es hat somit die sozialdemokratische Kandidatur einen sehr schönen Abstufungserfolg errungen. —

Wie gut es oft die **Hunde** haben, geht aus folgender Mittheilung hervor, welche von den Bourgeoisblättern mit Schmungeln wiedergegeben wird:

Adelina Patti hat Paris verlassen. Ein Mode-Bericht-erfasser kann über Bekleidungen Wunder erzählen, welche die Diva in Paris gemacht hat, und nicht für sich allein, sondern auch für den „Prinzen Rokk“, einen mexikanischen Schönhund, welchen ihr angeblich der Kaiser von Rußland geschenkt haben soll. Sechs „Lolletten“ sind für das kleine Vieh in einem eigenen Koffer verpackt, zwei „große“, eine „mittlere“, eine „eigenthümliche“, ein „Reglitzee“ und ein „Reiseförmchen“. In jeder gehört ein besonderes Halsband; das eine mit goldener Kette und dem Namenszug aus Türkisen, für die großen „Empfänge!“

Wir leben eben in einer „vernünftigen“ Gesellschaftsordnung, wo es Menschen und Hunde, die Glück haben, ausgezeichnet gehen kann, während Hunderttausende in Noth und Elend verkommen, trotz rastloser Arbeit und bestem Streben. —

Die gerichtliche Untersuchung wegen des **Attentats gegen Veltschew und Stambulow** wird eifrig fortgesetzt, aber das Ergebnis derselben verlautet indes bis jetzt nichts. Fast täglich sind neue Verhaftungen vorgenommen worden, einige der früher Verhafteten wurden wieder in Freiheit gesetzt. —

Die türkische Regierung hat nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ auf Ersuchen der bulgarischen Regierung einige Bulgaren in Konstantinopel, welche der Mischuld an dem Attentat in Sofia verdächtig waren, verhaften lassen. Ohne daß die Untersuchung in Sofia bisher ein positives Resultat ergeben habe, besitze die bulgarische Regierung bereits Beweise dafür, daß ein sorgfältig vorbereitetes und weit verzweigtes Komplot in den Mittelpunkt in Belgrad und Konstantinopel bestanden habe, dessen Ziel die Ermordung Stambulows, Zimkows, Grefkows gewesen sei, und in welches mehrere bekannte Agitatoren in Sofia verwickelt gewesen seien.

Ueber zwei in Deutschland und namentlich in Berlin wohlbekannte Genossen entnehmen wir einem Privatbrief aus **Amerika** folgendes: **Freiherr**, dessen brave Frau nach längerem Siechthum gestorben ist, hat seit etwa drei Jahren seine Bierwirtschaft in Philadelphia aufgegeben — die Schankberechtigung wurde von den Mäßigkeitsfanatikern an immer schwierigeren Bedingungen geknüpft, so daß Freiherr, der dieser scheinheiligen Gesellschaft natürlich ein Gräuvel war, keine Aussicht mehr hatte, sich auf die Dauer behaupten zu können. Er lebt jetzt in Baltimore und ist „Rusko“ — d. h. Bervalter — des dortigen Labour League (Arbeiter-Schule) und zu gleicher Zeit Präsident des Vereins, welcher das League begründet hat. Sein jüngster Sohn, der in Leipzig die schwarze Kunst erlernte, ist Reporter am „Baltimore Journal“; einer der zwei älteren Söhne ist Soldat in der Vereinigten-Staaten-Armee — in Berlin wird derselbe noch Manchem im Gedächtnis sein. —

Paul Grottkau hat die Journalistik, in der er verheißungsvolle Haare gefunden hat, an den Nagel gehängt, und sich in **Chicago** als Photograph etablirt. Ob er es in diesem Geschäft zu solcher Tüchtigkeit und solchem Erfolg bringen wird, wie der, früher wenigstens gläubend von ihm

gehasste **Bahlteich**, der sich ebenfalls in Chicago, der riesigen „Gartenstadt“, niedergelassen hat, muß abgewartet werden. Wünschen kann man es ihm nur.

Und zum Schluß seien die Verse zitiert, welche der New-Yorker „Bud“ vor etlichen Jahren an **Johnnes Most** richtete:

Der **Freiherr** ist 'gangen längst zur Ruh,  
Von Gassellmann hörst Du  
Raum einen Hauch.  
Der **Bahlteich** schuftert im Walde,  
Warte nur, balde  
Balde schuftert Du auch.“

Nun — **Bahlteich** „schuftert“ nicht mehr. Er photographirt, wie gesagt — und zwar sehr gut.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Eine sozialdemokratische Partei-Konferenz für den 19. hannoverschen Wahlkreis findet Sonntag, den 19. April 1891, Nachmittags 3 Uhr, in Celle im Gasthof „Zum goldenen Löwen“, Neuestraße 2, statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Die Agitation in den ländlichen Bezirken.
2. Wahl einer Agitationskommission und Verschiedenes.

Die **Nachwahl im 19. hannoverschen Wahlkreis**. Der Kandidat der freisinnigen Partei, Rentier Adloff aus Hamburg, unternahm unter Führung des Herrn Stempel jun. aus Stade während der Ostersage eine Gasspieltour durch das Alte Land, um sich in den einzelnen Orten „sehen zu lassen“. Zu diesem Schauspiel hatten sich in den Wirtschaften, wo Hall gemacht wurde, 4-6 Personen eingefunden, um Herrn Adloff zu sehen. Eine Wählerversammlung wurde dann am Sonnabend Abend in Neuenfelde bei Osterbrügge abgehalten. Herr Stempel verlas einen Wahlaufsatz und Herr Adloff erzählte, etwa eine halbe Stunde lang, den Anwesenden seine Lebensgeschichte. Er habe einen außerordentlichen Drang zum Militär gehabt und habe deshalb schon mit 15 Jahren die militärische Laufbahn beschritten, um schließlich bis zum Oberlieutenant zu bringen. Dann sei er Eigentümer des „Konventgartens“ in Hamburg geworden, den er schließlich vortheilhaft an eine Aktiengesellschaft verkauft habe, so daß er nun als 60-jähriger Rentier grade so eben von seinen Jinsen leben könne. Ein Redner sei er nicht, um hohe Politik habe er sich nicht gekümmert, aber wenn man ihn in den Reichstag wählte, dann wolle er dort lernen und auf Ehre und Gewissen seine Pflicht thun. Nach Beendigung des Wahlaufsatzes, in welchem gesagt wird, daß die freisinnige Partei volle Redefreiheit zu fordern, hatte Genosse Fischer aus Hamburg angefragt, ob die verlangte volle Redefreiheit auch, was eigentlich als selbstverständlich erscheine, in dieser freisinnigen Versammlung gewährt würde. Herr Stempel belehete den Frager aber eines Besseren und bemerkte, daß Herr Adloff nur sein „Programm“ entwickeln würde und nachdem Anfragen gestattet seien: eine Diskussion halte er für überflüssig. Nachdem Adloff sein Programm entwickelt, d. h. seine Lebensgeschichte erzählt hatte, erlaubte sich Fischer die Anfrage, ob Herr Adloff es im Hinblick auf die im Wahlaufsatz der freisinnigen Partei verlangte volle Redefreiheit mit seiner Stellung als freisinniger Kandidat vereinbaren könne, wenn man dem politischen Gegner in freisinnigen Versammlungen das Wort abschneidet, worauf Adloff erwiderte, daß er unter Redefreiheit nicht eine Diskussion, sondern die Redefreiheit in den Parlamenten verstehe. Von der strafrechtlichen Unverantwortlichkeit der Abgeordneten scheint Herr Adloff demnach keine Ahnung zu haben. Nach einer weiteren Anfrage wurde dem Frager das Wort entzogen und nun interpellirte Genosse W. . . aus Osterbrügge Herrn Adloff betreffs seiner Stellung zu der Schenkung des Herrn Richter und Genossen bei der Abstimmung über den Marine-Etat. Herr Adloff meinte, wenn es wahr sei, daß Richter für die Marineforderung, betreffs der Panzerschiffe gestimmt habe, dann könne er dies nicht billigen; er stimme mit Eugen Richter. Die politische Unschuld des Herrn Adloff kann nicht drastischer illustriert werden. —

**Dorubusch bei Trochtersen**. Bezeichnend dafür, mit welcher Art „geistiger Waffen“ man gegen die Sozialdemokraten kämpft, ist die Thatsache, daß der Wirth Diebr. Schröder, der uns sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung gestellt hat, am zweiten Oftertag die telegraphische Mittheilung erhielt, wonach ihm von einem nationalliberalen Hypothekengläubiger ein Kapital von 1200 M. gekündigt wurde, weil er in seinem Lokal eine sozialdemokratische Wählerversammlung (19. hannov. Wahlkreis) halte.

**Baderborn**, 1. April. Hier erscheint ein Blättchen unter dem Namen: „**Leo** (Sonntagsblatt für das katholische Volk)“, welches über die Sozialdemokratie höchst ergötzlich zu räkonniren weiß; aber auch sehr anmaßlich zu schimpfen versteht es, denn es ist nicht nur vom Geiste Leo's, sondern auch vom Geiste Pius' erfüllt. In einer der letzten Nummern wendet es die „Schwanzworte“ des Abimelechs Loblieses auf die Sozialdemokratie an. (Diese „Schwanzworte“ — anscheinend ein technischer Ausdruck der Theologen — lauten: „So macht ihn doch zum König, Gebein und Fleisch hat er von Euch.“) Abimelech II. (darunter sind die „Anführer der Sozialdemokratie“ zu verstehen) kommt nicht vom arbeitenden Manne ab.“ Denn diese Anführer, nämlich die Jüden Marx und Lassalle nebst dem früheren Christen Liebknecht, „haben nicht gearbeitet. Aber sie haben die Arbeiter ins Unglück gebracht, indem sie die Revolution von 1848 machten. Diese drei sind es damals wirklich gewesen, Leo“ sagt's, der Baderborner „Leo“, der von dem großen Leo in Rom den Namen und vielleicht auch ein wenig Weisheit geerbt hat. Die nächste Revolution aber wird „der Jude Singer“ machen, und — erst geblieben! — die dankbaren Arbeiter werden ihm bei dem allgemeinen Nummel seine Millionen belassen“, dafür, daß er ihnen die Revolution machen hilft, von der also diesmal die Arbeiter den Vortheil haben. Die Leistung ist in der That ergötzlich. Aber eine ernste Seite hat sie doch. Die Qualität der Presse ist der Gradmesser für die Intelligenz der diese Presse lesenden Bevölkerung, und unser „Leo“ behauptet, 50 000 Abonnenten zu haben.

**Celdwig**, 1. Boigil. Ein sozialdemokratischer Innungs-Obermeister. Am 26. März d. J. wurde hier die Neuwahl des Vorstandes der Weber-Innung vollzogen. Zum stellvertretenden Obermeister wurde Genosse Stölzel, zum zweiten Schriftführer Genosse August Böllner gewählt; zu Ausschussmitgliedern: Robert Steber, Karl Thos, Herr Jäger, Edward Bär, Wih. Kadner, Otto Bölling. Die Wahl hat insofern für unsere Partei einiges Interesse, als im vergangenen Jahre unser Genosse Jul. Stölzel aus dem Ausschusse gedrängt werden sollte, und heute wird er, der noch vor einem Jahre seiner Gesinnung wegen für unwürdig befunden wurde, dem Ausschusse angegehört, zum zweiten Obermeister gewählt.

## Briefkasten der Redaktion.

**Arbeiter-Bildungsschule**. Quittung. Von einem Freunde sind uns hundert Mark überwiesen worden, wofür dankend quittirt wird!

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.  
E. Vogtherr, Stephanstr. 27a, 1. Vorsitzender.



## Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Über den Bergarbeiter-Kongress liegen folgende Meldungen der Depeschbüros vor:

Paris, 2. April. Bergarbeiter-Kongress. In der heutigen 8. Sitzung wurden weitere Zustimmungstelegramme verlesen. Der Kongress beschloß sodann mit 58 gegen 40 Stimmen, daß die Abstimmungen nach Nationalitäten erfolgen sollen. Sämtliche englischen Delegierten hatten dagegen, alle übrigen Delegierten dafür gestimmt. Hierauf trat der Kongress in die Beratung der Frage der Bildung einer internationalen Bergarbeiter-Vereinigung ein. Bunt erklärte, die deutschen Delegierten seien bereit, der Bildung einer solchen Vereinigung, sowie der Bildung einer internationalen Klasse zuzustimmen. Mehrere englische Delegierte erhoben Einspruch mit Bezug auf den Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung, von anderen Delegierten wurde denselben Verschleppung vorgeworfen. Nach einer sehr scharfen und unklaren Diskussion wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt, um den belgischen Delegierten zu ermöglichen, ihren Antrag betreffend die Bildung einer Vereinigung festzustellen.

Paris, 2. April. (Telegramm des Bureau „Herold“.) Internationaler Bergarbeiter-Kongress. Die heutige von den Franzosen und Belgiern besuchte Vorversammlung beschäftigte sich mit der Unterstützung für Bergarbeiter, einem Gegenstande, der nicht unmittelbar mit den Hauptfragen zusammenhängt. — Der Generalsitzung präsidierten der Engländer Burt, der Belgier Carlewaert und der Deutsche Schröder. Der letztere verlas Depeschen aus dem Saarrevier, denen zufolge die meisten Bergarbeiter, welche an den Versammlungen zur Vorbereitung des Kongresses teilgenommen haben, von den Grubenbesitzern entlassen sind. Burt erklärte, die über diese Maßregelung entlassenen Engländer würden den Deutschen telegraphisch ihre Sympathie bekunden. Durch Handzeichen wurde über den Antrag Desuet, betreffend die Abstimmung nach Nationalitäten an Stelle derjenigen nach den Stimmen von je 1000 vertretenen Bergarbeitern, abgestimmt. Die Engländer erklärten sich einstimmig gegen diesen Antrag. Die Franzosen, Belgier und Deutschen, welche dafür sind, hatten die Majorität. Der Antrag Desuet wurde mit 58 gegen 40 Stimmen angenommen. Burt erklärte, alle englischen Projekte über eine internationale Vereinigung und Beiträge von je 1000 Arbeitern seien damit gefallen. Desuet und ein deutscher Delegierter forderten, daß der Plan des Komitees, betreffend die internationale Vereinigung und Klasse, sofort beraten werden. Burt erklärte, die Engländer hätten keine Instruktion empfangen, über ein anderes Projekt als das angebotene abzustimmen. Nach einer verwirrt abgelaufenen Diskussion über den Generalsitzung zu beraten. Desuet forderte, daß man die Diskussion über die von den Franzosen und Belgiern vorbereitete internationale Vereinigung auf morgen vertage. Die Engländer erklärten sich dagegen.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Magdeburg, den 1. April. Der während der beiden Osterfeiertage hier unter Vorsitz des Genossen Adolf Schulte-Magdeburg tagende Parteitag für die Regierungsbezirke Magdeburg und das Herzogtum Anhalt saßte in Sachen der Landagitation folgende Beschlüsse:

- In Anbetracht dessen, daß nur eine planmäßige Agitation auf dem Lande von Erfolg sein kann;  
in Anbetracht zweitens, daß die Agitation unter dem ländlichen Proletariat genau entsprechend den jeweiligen örtlichen Verhältnissen geschehen muß;  
in Anbetracht drittens, daß eine Agitation nur dann von durchgreifendem Erfolge sein kann, wenn die Frauen in dieselbe mit einbezogen werden;  
in Anbetracht schließlich, daß nur bei möglichst gründlicher Bildung, welche dem Proletariat von heute bei seiner gedrückten Klassenlage nicht erreichbar ist, eine Hebung seiner Lage zu erwarten ist,  
beschließt der Parteitag für den Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Anhalt wie folgt:  
1. Es wird ein Agitationskomitee in das Leben gerufen mit seinem Sitz in den Orten Magdeburg, Halberstadt und Dessau, von dem aus die ländliche Agitation geleitet wird.  
2. Das Agitationskomitee sendet auf mindestens acht Tage vorher gestelltes Ersuchen Agitatoren oder Redner nach den gewünschten Orten.  
3. Dem Agitationskomitee sind sämtliche geeigneten rednerischen und agitatorischen Kräfte namhaft und ist demselben alles verfügbare, die ländlichen Verhältnisse betreffende Material, sowie Angaben über geeignete taktische Maßregeln für die einzelnen Kreise zugänglich zu machen.  
4. In die ländliche Agitation sind vor allem auch die Frauen mit einzubeziehen und eine Organisation nicht bloß der männlichen, sondern auch der weiblichen ländlichen Arbeiter herbeizuführen.  
5. Den Genossen aller Orten wird es zur Pflicht gemacht, überall energisch für die Förderung der unentgeltlichen Lehrrmittel für alle Lehrklassen aus kommunalen Mitteln einzutreten.  
In Erwägung, daß das Dreiklassen-Wahlgesetz für den preussischen und das Urwahlsystem für den anhaltischen Landtag ganze Klassen der bäuerlichen Bevölkerung und ländlichen Arbeiter-Bevölkerung politisch entrechtet, in fernerer Erwägung, daß dieses Wahlrecht im schreienden Widerspruch zu dem direkten Wahlrecht des Reichstags steht, legt der Parteitag allen Genossen die Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen und in Anhalt warm an das Herz. Jedes Klassen-Wahlgesetz legt sich der friedlichen Entwicklung der im Schooße der kapitalistischen Gesellschaft schlummernden ökonomischen Gegensätze hemmend in den Weg, und es muß daher die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts im Interesse der friedlichen Entwicklung selbst überall angeregt werden.  
III. In Erwägung, daß die ländlichen Arbeiter mit der Einführung der Maschine auf das platte Land und mit der Entwicklung der ländlichen Großbetriebe denselben sozialen Mißständen unterworfen sind, wie die Industriearbeiter, fordert der Parteitag die Genossen auf, eine lebhafteste Agitation für die Einführung eines staatlichen Inspektors zur Ueberwachung der ländlichen Betriebe zu entfachen.  
IV. In Erwägung, daß das patriarchalische Verhältnis zwischen dem Gutsherrn und dem Gesinde durch die modernen,

kapitalistische Wirtschaftsweise vollkommen aufgelöst ist, beschließt der Parteitag, eine lebhafteste Agitation für die Beseitigung der Gesinde-Ordnung zu eröffnen.

- In Erwägung, daß sich die großkapitalistische Produktionsweise immer mehr auch auf die ländlichen Betriebe erstreckt, daß also der ländliche Arbeiter immer mehr, gleich dem Industrie-Arbeiter, der großkapitalistischen Ausbeutung unterworfen ist, beschließt der Parteitag, eine lebhafteste Agitation für die Beseitigung aller dem Koalitionsrecht der Arbeiter sich entgegenstellenden Hindernisse zu entfachen.  
VI. In Erwägung, daß zur lebhaftesten und erfolgreichsten Agitation auf dem Lande es vor allem der materiellen Mittel bedarf; in fernerer Erwägung, daß es den ländlichen Wahlkreisen nicht möglich ist, die zur Agitation erforderlichen Mittel aufzubringen, macht der Parteitag dem Parteivorstand den Vorschlag, die Gründung eines Fonds vorzunehmen, welcher lediglich die Agitation auf dem Lande mit materiellen Mitteln zu unterstützen hat.  
VII. In Erwägung, daß die Sozialdemokratie eine allmähliche Demokratisierung der ganzen Gesellschaft herbeizuführen will, empfiehlt der Parteitag allen Genossen, für eine Reform der Verwaltungs-Gesetzgebung mit ganzer Energie einzutreten und nicht eher zu rasten, bis die Verwaltung der Landgemeinden der Kreise, der Städte u. auf der breiten Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts ruht.  
Zur Frage der Reise wird eine Resolution angenommen, daß die Regelung der Reise den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Genossen der einzelnen Orte geregelt werden sollte.  
In Sachen der Presse wurde beschlossen, die Magdeburger „Volksstimme“ und das „Volksblatt für Anhalt“ als offizielle Partei-Organe zu erklären, für die Kreise Halle, Aschersleben und Halberstadt, sowie für die diesen Kreisen benachbarten Ortsgemeinden das „Halberstädter Sonntagbl.“ als offizielle Partei-Organ zu bestimmen und für die übrigen Kreise des Regierungsbezirks Magdeburg und des Herzogtums Anhalt eine Wochenausgabe der „Volksstimme“ zu veranstalten.  
In regelmäßigen Zwischenräumen sollen für die ländliche Bevölkerung geeignete Broschüren verbreitet werden. Als erste derartige Broschüre wird dazu die Kritikerreihe der „Volksstimme“ über die ländliche Agitation in Aussicht genommen.  
In schließlicher Erwägung, daß nur durch eine eigene Frauenzettelung die Frauenbewegung wirksam unterstützt werden kann, fordert der Parteitag die Genossen auf, für die Verbreitung des Organs „Die Arbeiterin“ energisch einzutreten.  
Ein weiterer Antrag des Genossen Elze, die Verbreitung der Wochenzeitung und der Flugblätter durch besonders dafür honorarisierte Verbreiter zu betreiben, wird mit dem Hinweis auf die Dürftigkeit der Parteigenossen abgelehnt.  
Mit einem stämmigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Parteitag, der von 106 Genossen, darunter 7 Frauen, besucht war, geschlossen. Vertreten waren 57 Ortsgemeinden.

Auch der Kölner Stadtrat bekämpft die Sozialdemokratie in seiner Weise. Vor einigen Tagen hatte der Stadtrat den Sozialdemokraten die mehrfache Ueberlassung des Gärzengrund verweigert. Auf ein erneutes Gesuch der sozialdemokratischen Partei um Hergabe des Gärzengrund gegen die übliche Mietze von 300 M. bzw. 450 M. hat der Stadtrat nunmehr in geheimer Sitzung beschlossen, den Sozialdemokraten den Gärzengrund überhaupt nicht mehr zu Versammlungen zu überlassen.

Die Sozialdemokraten müssen aber doch auch ihre Steuern zahlen und durch dieselben zur Erhaltung des Gärzengrund mit beitragen. Wenn also andere Parteien denselben zu Versammlungen erhalten, haben doch die Sozialdemokraten dasselbe Recht.

Mainz, 31. März. Am Sonnabend hatte sich der Redakteur Springer der „Mainzer Volksztg.“ vor dem Schöffengericht wegen Verleumdung des Hauptmanns v. Busse vom 48. Inf.-Reg. zu verantworten. Das Vergehen sollte begangen sein durch Abdruck der einem anderen Blatte entnommenen Notiz, die in einer ganzen Reihe anderer Blätter unbeanstandet erschienen war. In derselben war mitgeteilt, daß ein Soldat des 48. Regts. ein Zeugnis ausgestellt worden war, in dem es hieß, der Mann habe sich keine gerichtlichen oder disziplinarischen Strafen zugezogen, jedoch sich schlecht geführt und unzuverlässig erwiesen; dieser Widerspruch war des Weiteren zum Gegenstand einer Kritik gemacht, die der Anwalt als beleidigender Natur für den Anstifter des Zeugnisses, den Hauptmann v. Busse, erachtete. Die Verteidigung führte aus, es sei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Presse, einen derartigen Widerspruch in einem Zeugnis zum Gegenstand der Kritik zu machen, und die Grenzen des Erlaubten seien in dieser nicht überschritten. Beantwortet war vom Anwalt eine Strafe von 50 M. Das Gericht erkannte auf 25 M., Tragung der Kosten und Veröffentlichung in der „Mainzer Volksztg.“, falls diese eingegangen sein sollte, im „Mainzer Tagbl.“. Die „Volksztg.“ bemerkt hierzu: Bei dieser Einschränkung scheint der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein, übrigens hoffen wir, daß noch mancher unserer Gegner zu seinen Vätern heimgeht, bevor unser Blatt einget.

## Lokales.

„Gebildete“ Kinder mädchen — sie führen den wohlklingenden Titel „Kinderpflegerin“ — werden in der unter Leitung des Prof. Pappenheim stehenden Kinderpflegerinnen-Schule des Berliner Fröbel-Vereins ausgebildet. Am Dienstag hat die bekanntlich auch auf anderen Lehranstalten immer noch übliche Komödie der öffentlichen Entlassungsprüfung stattgefunden. Obwohl die Mädchen ihre sorgfältig auswendig gelernten Antworten mit der Promptheit eines Automaten von sich gaben, konnte die Oberaufsichtlichkeit der Ausbildung doch nicht verdeckt werden. Der Vorwurf trifft weder die Schülerinnen, noch das Lehrpersonal, sondern die Einrichtung der Schule. Die Mädchen werden ein Jahr lang in wöchentlich 20 bis 22 Nachmittagsstunden unterrichtet in: Deutsche Literatur (Schiller's Balladen, „Glocke“, „Tell“, Göthe's „Hermann und Dorothea“), Grammatik, Orthographie, Stilistik, Geschichte, Geographie, weibliche Handarbeiten (Stricken, Nähen, Stopfen, Filzen, Wäschezeichnen), Fröbel'sche Bildungs- und Beschäftigungsmittel (Zeichnen, Flechten, Bauen, Ausstechen, Nähen, Korbflechten); Erzählungen, Gedichte und Lieder für Kinder; Bewegungsspiele, Kopfrechnen, Erziehungslunde, Naturkunde. Was bei diesem Unterricht herauskommt, kann sich Jeder selbst sagen; wozu eine Kinderpflegerin den „Tell“ kennen muß, dürfte den meisten räthselhaft sein.  
Für die Mädchen ist das eine Unterrichtsjahr ein Jahr der Qual, da bei der Fülle des Stoffes das Hauptgewicht auf die häuslichen Arbeiten gelegt werden muß, und besonders die Herstellung der Fröbel'schen Beschäftigungsmittel (Flechten, Nähen u. s. w.) unendlich viel Zeit und Geduld erfordert. Dazu kommt, daß die Kinderpflegerinnen, welche übrigens nicht mit den

noch „höher“, d. h. noch oberflächlicher „gebildeten“ Kinderpflegerinnen zu verwechseln sind, die Vormittage auch nicht einmal für sich haben, sondern für die „praktische Ueberweisung“ opfern müssen. Sie müssen Anfangs in einem Kindergarten nach Anleitung der Kindergärtnerinnen Handreichungen thun und später bei sogenannten Schulkinder in wirtschaftlicher Thätigkeit und in der Pflege der Kinder üben. Zu dieser „praktischen“ Ausbildung bietet sich bekanntlich selbst für die jüngsten und ungeschicktesten Mädchen, da sich nicht übermäßig viele zu der mit allerlei Demüthigungen verbundenen Stellung eines Dienst- oder Kindermädchens drängen, auch in jeder anderen Familie und noch dazu gegen Lohn hinreichende Gelegenheit. Die „wohlwollende und förderliche Mitwirkung“ der Schulkinder ist also ziemlich überflüssig.

Die Kosten des Unterrichtes sind nicht gering. Außer den Ausgaben für Lehrmittel sind an Schulgeld u. s. w. zusammen 48 M. an die Schule zu zahlen. Dazu kommt der Lebensunterhalt für das Unterrichtsjahr, in welchem von einem Nebenverdienst natürlich nicht die Rede sein kann.

Was wird den Mädchen später dafür geboten? Der Jahresbericht lautet von einem Lohn von jährlich 150—240 Mark. Er unterscheidet übrigens sorgfältig zwischen dem „Honorar“ der „engagierten“ Kinderpflegerinnen und dem „Lohn“ der „gemieteten“ Kinderpflegerinnen. Jede ältere Kinderpflegerin, welche bereits in einer Reihe von Familien in „Dienst“ gewesen ist, wird es begehren, daß der angegebene „Lohn“ selten oder nie gezahlt wird. Und das hat seine guten Gründe. Wenn Professor Pappenheim in seiner Entlassungsrede über das Schiller'sche Wort: „Arbeit ist des Bürgers Fierde, Segen ist der Mühe Preis“, unter deutlichen Anspielungen auf die angebliche Ueber-schätzung der Handarbeit durch die Sozialdemokratie, den Werth der geistigen Arbeit betonen zu müssen glaubte, so hätte er sich nicht an die zu entlassenden Mädchen, sondern an die zugehörigen Herrschaften wenden sollen, von denen einige eigens erschienen waren, um die zukünftigen Kindsmütter an ihre Brauchbarkeit anzusehen und den Prüfungsausschuss als eine Art Börse oder Ausstellungsräum betrachten, in welchem die lebendigen Erziehungsmaschinen in voller Thätigkeit vorgeführt wurden. Die Damen der Bourgeoisie legen auf das Geistige an der Arbeit dieser „gebildeten“ Kindermädchen nicht den geringsten Werth. Sie wollen nur eine Person haben, welche richtig spricht, sich ein bißchen zu benehmen weiß, den Kindern zur Unterhaltung und der ganzen Familie zur Dekoration dient, dabei tüchtig in der Wirtschaft mithilft und — wenig kostet. Sie geben bekanntlich für eine brauchbare Köchin mehr aus als für eine Erzieherin, geschweige für eine Kinderpflegerin, deren Mitwirkung bei der Erziehung ihrer Kinder sie sich trotz Fröbel ganz entschieden verbiten würden. Professor Pappenheim irrt auch, wenn er glaubt, daß seine Jüngerlinge nun zum „Kampf ums Dasein“ gerüstet seien oder, wie es im Jahresbericht mit ähnlichem Pathos heißt, daß ihnen „eine für alle Lebensverhältnisse ihrer Zukunft gleich verwendbare und werthvolle Mitgift“ gegeben sei. Durch den „Schiff“, den sie dort erhalten haben, ist ihnen thatsächlich auch das Letzte genommen, was ihnen noch ermöglicht hätte, den Kampf ums Dasein mit einigem Erfolg zu führen. Je „gebildeter“ ein Mädchen ist, desto wehrloser ist es gegenüber den meisten Herrschaften, weil die „Bildung“ und der „Anstand“ gebieten, sich immer wieder zu bücken. In den Jahresberichten ist wiederholt um „angemessene Behandlung“ der Kinderpflegerinnen gebeten worden. „Wir glauben“, heißt es da, „von den meisten Schülerinnen im voraus versichern zu können, daß sie, wenn man ihnen in den Familien mit Wohlwollen und Rücksichtnahme auf ihr bisheriges Bestreben, etwas zu lernen, entgegenkommt, dafür Verständnis und Dankbarkeit entgegenbringen werden. Behandle man sie also in mancher Beziehung anders, nachsichtiger und ausdauernder, als man sonst dienende Personen zu behandeln gewohnt ist! Darnach kann man sich ein Bild von der Behandlung machen, welche den Kinderpflegerinnen in den Familien der Bourgeoisie bisher zu Theil geworden ist. Man macht solche Ermahnungen nicht, wenn man nicht genau weiß, daß sie nötig sind.“

Die Kinderpflegerinnen-Schule wird von den Töchtern des Proletariats besucht, da sie nur eine Volksschulbildung von ihren Schülern verlangt. Die „höheren Töchter“ besuchen das Kinderpflegerinnen-Seminar. Der Berliner Fröbel-Verein hat auch in diesem Frühjahr wieder durch die Presse zum Eintritt in die genannten Anstalten aufgefordert. Die Arbeiter können aber nicht dringend gewarnt werden, ihre Töchter in die Kinderpflegerinnen-Schule zu schicken. Lieber sollen sie als „ungebildete“ Kindermädchen verdienen. Da brauchen sie doch nicht zu fürchten, daß es ihrer „Erziehung“ schade, wenn sie der Herrschaft gelegentlich zeigen, daß sie Haare auf den Zähnen haben.

Der Bau der neuen Gasanstalt der Stadt Berlin in Schnargendorf wird, nachdem der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow die Genehmigung zu der gewerblichen Anlage erteilt und jetzt auch die ihm vorgelegten Spezial-Planzeichnungen genehmigt hat, nunmehr in Angriff genommen werden. Gleichzeitig wird auch mit der Anlage der Eisenbahn vorgegangen werden, nachdem im vergangenen Jahre zunächst die Regulierung des Terrains, welche in Folge der das umfangreiche Grundstück durchziehenden Mulde sehr umfangreiche Arbeiten erfordert hat, sowie die Anschaffung der Baugruben für das Gasbehälter-Bassin und für das Retortenhaus ausgeführt worden ist. Die Baukosten für die zunächst projektierten Gebäude betragen: für 1 Retortenhaus 668 000 M., 1 Kondensationshaus 98 500 M., 1 Maschinenhaus 73 700 M., 1 Dampfkesselhaus 72 000 M., 1 Strubberhaus 105 700 M., 1 Pumpenhaus 115 500 M., 1 Gasbehälterhaus 1 063 700 M., 1 Thorbassin 172 000 M., 1 Wasserturm 56 400 M., 2 Werkstättenhäuser 140 000 M., 1 Verwaltungshaus 134 500 M., 1 Beamtenhaus 142 500 M., in Summa 2 842 900 M.

## XX. Chirurgie-Kongress.

Die gestrige Sitzung des Kongresses, welche in der Königl. Klinik stattfand, ward um 10 Uhr vom Prof. Thiersch-Beipzig eröffnet. Herr Thiersch theilt mit, daß Prof. Viebreich als Gast anwesend sei, um auf einige Aeußerungen, welche Herr v. Bergmann vorgestern in Bezug auf das Viebreich'sche Mittel gegen Tuberkulose gethan, zu erwidern. Herr Viebreich beschwerte sich zunächst darüber, daß Herr von Bergmann sein Mittel ohne vorherige Verabredung besprochen habe und berichtet sodann über drei Lupusfälle, die er mit Bergmann zusammen beobachtet hat. Er erläutert sodann die Wirkungen seines Mittels, bei dessen Anwendung er vor allen Dingen darauf bedacht gewesen sei, das es keinen Schaden anrichte; man habe auch infolge dessen noch nicht warmen brauchen. Herr Viebreich berichtet, daß von drei Fällen bei zweien eine sichtlich Besserung zu constatiren war und daß die Injektion in kurzer Zeit günstige Wirkungen gezeigt habe. Dessen ungeachtet sei er weit davon entfernt, additional zu denken und für längere Zeitdauer sichere Heilung vorauszusagen. Seien seine Untersuchungen auch noch nicht zum Abschluß gelangt, so strecke er deshalb keineswegs die Waffen.  
Herr von Bergmann erwiderte darauf, daß er niemals „Mitarbeiter“ des Herrn Viebreich gewesen. Er glaube das Recht zu haben, Alles, was in seiner Klinik vorgehe, zu besprechen. Daß

er mit Herrn Liebreich nicht einer Meinung sei, wundere ihn nicht, denn Herr Liebreich habe als Pharmakologe nicht die Sicherheit der Beobachtung wie ein Kliniker. (Beifall.)

Herr Liebreich antwortet darauf, er sei neben dem Pharmakologen auch noch Arzt und glaube als solcher ebenso gute Beobachtungsgabe wie jeder andere Arzt zu besitzen. Er hoffe, daß nach Ablauf eines Jahres Herr von Bergmann anderer Ansicht über sein Mittel sein und erklären werde: „Ich habe mich geirrt, Herr Liebreich hat, trotzdem er Pharmakologe ist, Recht behalten.“ (Große Heiterkeit.)

Es folgen eine große Anzahl Demonstrationen, von denen wir nur diejenigen von allgemeinerem Interesse hier aufzählen wollen.

Dr. Sefer-Halle stellt einen Patienten vor, der am Lupus leidet und mit Koch'schem Tuberculin lange Zeit behandelt, wie er glaubte, als geheilt gelten dürfte. Da derselbe jetzt neue und zwar ganz erhebliche Wucherungen zeigt, so muß Nedner die Behauptung von der Heilung zurücknehmen und kann nur von einer allerdings effektvollen Besserung sprechen. Der Kranke leidet seit 45 Jahren am Lupus, hat sich aber nach seiner eigenen Verbindung Zeit seines Lebens nicht in einem so menschenwürdigen Zustand befunden, wie nach der Behandlung mit dem Koch'schen Mittel.

Im Anschluß hieran zeigt Herr von Bergmann einen Kranken, den er ebenfalls für geheilt hielt und von dem er erklärt, daß sich bei ihm die besten und günstigsten Erfolge unter 42 Kranken gezeigt hätten. Auch bei diesem Patienten sind in neuerer Zeit frische Wucherungen zu Tage getreten, von einer Heilung kann demnach keine Rede sein.

Der Vorsitzende fügt hier scherzhaft hinzu, daß diese Fälle, bei welchen das Koch'sche Mittel nur anscheinend eine Heilung herbeiführt hat, nicht die letzten sein dürften.

Dr. Urban-Veipzig zeigt eine junge hübsche Patientin von 21 Jahren mit vollkommen geheiltem Lupus, der sich an der linken Schläfe ausgedehnt hatte. Der Lupus ist außer mit Tuberculin auch operativ behandelt worden und der Effekt der Operation — die Kranke hat an der linken Wange und Schläfe größere Hauttheile eingeseht erhalten — ist ein durchaus zufriedenstellender.

Dr. Wilhelm Vogt-Berlin führt zwei Patientinnen, eine jüngere und eine ältere vor, welche beide fünf Monate lang von ihm mit Koch'schem Tuberculin behandelt worden sind und an sehr ausgedehntem Lupus litten. Trotz der langen Behandlung weisen beide noch eine beträchtliche Anzahl von Lupusknötchen an verschiedenen Stellen auf. Bei der jüngeren Patientin ist an einzelnen Stellen eine recht befriedigende Besserung zu konstatieren gewesen.

Professor Sonnenburg stellt zwei Kranke vor, die er wegen Lungenhöhlen operiert hat, damit die Absonderungsprodukte einen freien Ausweg nach außen finden konnten. Die Patienten befinden sich augenblicklich sehr gut und sehen recht kräftig aus. Dieser Erfolg ist, zieht man den langen Winter in Betracht, ein ganz bedeutender und allein dem Koch'schen Mittel zuzuschreiben.

Geheimer Rath Jahn-Berlin berichtet über drei ähnliche Fälle aus seiner Praxis, von denen zwei gestorben, einer sich dagegen recht leidlich befindet und sogar 12 Pfund an Körpergewicht zugenommen hat. Die beiden Todesfälle sind nicht infolge der Einspritzungen, sondern wegen des schon sehr vorgeschrittenen Leidens erfolgt.

Geheimer Rath Westphal-Berlin stellt drei Fälle von Gelenk-Tuberkulose vor; sämtliche Fälle sind außer mit Koch'schem Tuberculin auch operativ behandelt worden. Die drei Patienten befinden sich auf dem Wege entschiedener Besserung.

Schluß der Vormittags-Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung, welche wiederum in der Aula der Universität stattfand, begann mit einem Vortrage des Herrn Herzog-München über den Ausbildungsprozeß der Nabelgefäße, welcher ein ausschließlich fachwissenschaftliches Interesse bietet.

Der darauf folgende Vortrag des Herrn Curt-Berlin gab eine übersichtliche Statistik über die bei Operationen zur Anhebung gelangenden Verbandsmittel auf Grund zahlreicher von Mitgliedern der Gesellschaft für Chirurgie eingegangener Berichte. Auch auswärtige Universitäten und Hospitäler haben dabei ihr statistisches Material zur Verfügung gestellt. Im Ganzen liegen etwa 24000 Verbandsmittel vor, von denen die überwiegende Mehrzahl durch Chloroform erzielt wurde. Von andern Mitteln gelangten zur Anwendung: Aether, Wüchungen von Chloroform und Aether sowie Bromäthyl. Die Dauer der Narben war eine sehr verschiedene, ebenso die Menge des jeweilig verwandten Materials. Im Ganzen scheint es, als ob das Chloroform gefährlicher als der Aether sei; denn die zur Beobachtung gelangten sechs Todesfälle sind sämtlich durch exzessives hervorgerufen worden, und auch die übrigen üblen Zufälle kommen in weitläufiger Menge bei Anwendung von Chloroform in Betracht. Freilich ist mit Bezug auf die genannten Todesfälle schwer anzugeben, ob dieselben wirklich auf die Wirkung des Chloroforms an sich zurückzuführen sind.

Professor Bruns-Tübingen spricht den Wunsch aus, daß man die Beobachtungen noch weiterhin auf eine größere Anzahl von Fällen ausdehnen möge und der Vorsitzende Herr Thierich-Veipzig stellt demzufolge einen diesbezüglichen Antrag, welcher von der Versammlung mit Majorität angenommen wird.

Herr Bruns-Tübingen berichtet sodann über die glückliche Operation eines ungewöhnlich großen Kropfes und die Herren Escher-Triest und Vandere-Veipzig erläutern sodann die von ihnen gehandhabte Methode der Radikal-Operationen von Leistenbrüchen. Diese sowie die folgenden Vorträge gehen so sehr ins Einzelne, daß wir glauben und die nähere Besprechung derselben ersparen zu können.

Der Schluß der Sitzung erfolgte pünktlich um 4 Uhr. Vor Beginn der Vormittags-Sitzung unternahm die auswärtigen Mitglieder des Kongresses einen Besuch des Krankenhauses im Friedrichshain, wobei der Leiter der chirurgischen Station, Herr Geh. Rath Jahn, die Führung übernahm.

**Zu Betreff des Koch'schen Heilmittels** bringt das Igl. Polizeipräsidium folgenden Erlass des Kultusministers vom 1. März zur öffentlichen Kenntniß: Nachdem aus der Veröffentlichung des Geheimen Medizinraths Professors Dr. Koch über die Herstellung des von ihm erfundenen Heilmittels gegen die Tuberkulose in der Deutschen medizinischen Wochenschrift vom 15. Januar d. J. sich ergeben hat, daß auf dieses Heilmittel der Norm seiner Zubereitung nach die Bestimmungen des § 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 27. Januar v. J. Anwendung zu finden haben, darf dasselbe fortan — abgesehen vom Großhandel — nur in Apotheken abgegeben werden. Das unter Leitung des Erfinders hergestellte Mittel ist zur Zeit nur von dem beauftragten Vertreter desselben, Dr. med. Libber, Berlin NW., Lüneburgerstr. 28, seitens der Apotheken zu beziehen und wird auf Verlangen der letzteren in Original-Fläschchen mit 1 und mit 5 cem Inhalt abgegeben werden. Die Fläschchen sind mit Glasstopfen verschlossen, mit Schweinsblase lackirt und mit einer Plombe versehen, welche das Zeichen L. trägt. Ferner führen dieselben auf der einen Seite die Signatur Tuberculinum Kochii in weißem Druck auf schwarzer Schilde, auf der anderen Seite befindet sich auf weißem Schilde der Namenszug des Dr. Libber und ein Vermerk, welcher angeht, an welchem Tage das Mittel fertig gestellt worden ist. Jedem Fläschchen wird eine gedruckte Gebrauchs-Anweisung beigefügt werden. Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe des Mittels in den Apotheken treffe ich die nachstehenden Anordnungen: 1. Das Tuberculinum Kochii ist in dem Giftschrank, und zwar in der für Alaloide bestimmten Abtheilung aufzubewahren. 2. Dasselbe ist nur in den unverletzten Original-Fläschchen und nur gegen schriftliche Anweisung eines approbirten Arztes an diesen selbst oder eine von ihm beauftragte Person abzugeben. 3. Ueber Ankauf und Abgabe des Mittels ist ein besonderes Buch zu führen, in welches für jedes Fläschchen einzutragen ist: die Menge des Inhalts, das Datum der

Fertigstellung, des Empfangs und der Abgabe, der Name des Arztes, an welchen letztere erfolgt ist, und eventuell das Datum der Befreiung des unverletzten Fläschchens aus der Apotheke. 4. Wenn ein Fläschchen bis sechs Monate nach dem auf demselben vermerkten Tage der Fertigstellung des Mittels unverkauft geblieben ist, so darf es nicht mehr verkauft oder sonst abgegeben werden und ist aus der Apotheke zu entfernen. Derartige Fläschchen werden von Dr. Libber gegen andere mit frisch hergestelltem Inhalt unentgeltlich umgetauscht werden. 5. Der Zerpriß des Tuberculinum Kochii wird hiermit (ausschließlich der Verpackungskosten) für das Fläschchen mit 1 cem Inhalt auf 6 M., für das mit 5 cem Inhalt auf 25 M. festgesetzt.

**Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit** treten wohl selten so dräuisch und Tageslicht, als wenn es einmal einem unberufenen Auge gelingt, eine jener lamosen Fabriks- und Geschäft-„Ordnungen“ zu erspähen. Vor uns liegt eine Geschäfts-„Ordnung“ des Warenhauses A. Lubach, Oranien- und Kommandantenstraßen-Gasse. Wir wollen uns möglichst darauf beschränken, einige wesentliche Punkte aus der „Ordnung“ herauszunehmen und weitere Besprechungen ersparen, da die einzelnen Punkte wohl für sich selbst sprechen dürften:

Die Lehrlinge und weiblichen Angestellten haben morgens pünktlich zu erscheinen, den männlichen Angestellten wird eine Frist von zehn Minuten gewährt. Bei noch späterem Erscheinen wird ein halber Tag vom Lohn abgezogen. Ein anderer Paragraph schreibt den Angestellten vor, die Kleidung sauber zu halten; schwarze Kleidung wird gewünscht, dunkle ist Bedingung, feste Fußbekleidung, weiße und reine Wäsche, sonst wird gekündigt.

Das ist ja alles recht schön und gut, aber es ist nur dabei zu berücksichtigen, daß dies alles eine beträchtliche Menge Geld kostet. Da betrachte man sich aber die Gehälter der Verkäuferinnen — fragt mich nur nicht wie?

Der § 10 ist auch recht charakteristisch; jeder Angestellte, der behindert ist, zur rechten Zeit sich im Geschäft einzustellen, hat innerhalb zwei Stunden den Grund anzugeben und für den Fall der Erkrankung innerhalb zehn Stunden ein ärztliches Attest einzureichen. Bleibt er aus dem Geschäft fort, so wird ihm jeder Tag auch im Krankheitsfall in Abzug gebracht, auch kann er ohne vorher abgegangene Kündigung sofort entlassen werden. Bei einem Fehlen am Nachmittag gelangt der ganze Tagelohn in Abzug.

Nur mit wenigen Worten wollen wir hier einiges festnageln. Ist nun Jemand leicht erkrankt, unpünktlich u. s. w., so muß er gleich von seinem geringen Lohn sich ein theures ärztliches Attest besorgen, erhält dagegen keinen Lohn, Krankenversicherungszwang giebt es für kaufmännische Angestellte leider noch nicht, und kann gewärtigt sein, sofort entlassen zu werden. Uebrigens pflegt allgemein in kaufmännischen Geschäften die Zeit, in welcher Jemand krank ist, ihm nicht abgezogen zu werden.

Der nächste Paragraph verbietet den Angestellten sogar zum Frühstück auf das Strengste „warme Speisen, Knoblauchwürste, alle Sorten Käse, Radieschen, Schnittlauch u. s. w.“ zu verzichten. Mittags wird für jede 5 Minuten Verspätung ein Lohnabzug von 50 Pfennig gemacht. Bei lebhaftem Geschäfts-Verkehr kann die Tischzeit auf 30 Minuten beschränkt werden. In diesem Falle erhält jeder männliche Angestellte 1 Mk. und jede weibliche Angestellte 75 Pfg. Entschädigung, welche jedoch wegfällt, wenn der Betreffende fünf Minuten über die festgesetzte Zeit fortbleibt. Wie leicht kann nun eine solche geringe Verspätung durch irgend welchen Zwischenfall eintreten?

Beschädigungen an den Einrichtungen oder den Verkaufsgegenständen, welche unthunlich oder unanßer Weise geschehen sind, werden dem betreffenden Angestellten zur Last gelegt und der entstandene Schaden von seinem Gehalt in Abzug gebracht. Auch kann er infolge derartiger Handlungen u. s. w. ohne Kündigung entlassen werden. Wird der Thäter nicht ermittelt, so werden die Angestellten der Abtheilung, in welcher die Sachbeschädigung vorgenommen, zu gleichen Theilen zum Ersatz herangezogen.

Also man giebt zu, daß vielleicht einmal der „unthunliche“ Sachbeschädiger nicht ermittelt werden könnte, wer will nun aber feststellen, ob der Schaden „unthunlich“ geschehen ist. Glücklicherweise brauchen die kaufmännischen Angestellten zu ihrem Beruf wenig Handwerkzeug, sonst müßten sie es sich auch noch von ihrem „hohen“ Lohn anschaffen, das wenige, wie Scheere und Kleinfedern, was ihr Beruf erfordert, müssen sie laut „Ordnung“ für ihr eigenes Geld anschaffen.

**In Bezug auf den verschwundenen Knaben Willy Wabenderde** genimmt die Ansicht Platz, daß am Ende doch ein Verbrecher an dem Kinde begangen sein dürfte. Die Annahme, daß das Kind ins Wasser gefallen, erscheint fast unmöglich, da die Hülle des Schiffers B. in Charlottenburg etwa zwei Meter von der Böschung entfernt lag und von dem Kahn eine breite Laufplanke zum Ufer führte. Schon zehn Minuten nachdem das Kind verschwunden war, wurde es vernimmt und da man vernahmte, daß der Knabe ins Wasser gefallen sei, wurde sowohl die Außenwand des Kahns, wie auch die Uferwand nach Spritzlöcher, die vom Wasser herrühren konnten, untersucht, doch fanden sich nirgends solche vor. Auch wurde der Strom später auf weitere Strecken mittels kleiner Eisenanker abgesehen, ohne daß ein Resultat erzielt wurde. Die polizeilichen Nachforschungen in der Sache sind noch nicht abgeschlossen.

**Der infolge seiner Selbstbeziehung wegen angeblicher Ermordung seiner in Bremen lebenden Braut verhaftete Matrose bzw. Maschinenführer** ist auf Grund eines Psychiaters-Gutachtens als gemeingefährlicher Geisteskranker der Irrenanstalt zugeführt worden.

**Neue „gefällige Fran“**, welche Damen auf der Straße anzusprechen und darauf aufmerksam zu machen pflegt, daß dieselben sich ihre Kleider, das Gesicht u. s. w. beschmutzt haben und, während sie sich erbietet, die Schmutzstücke zu entfernen, ihren Opfern das Portemonnaie aus der Tasche zieht, ist vor einigen Tagen verhaftet worden. Vier gestohlene Portemonnaies, deren Eigenthümer bisher nicht ermittelt worden sind, fand man bei der Taschendiebin noch vor. Das Operationsfeld der Gaunerin bildeten vorwiegend die Linden-, die Kommandanten- und die Oranienstraßen bis zur Mantuffelstraße. Betroffene können die Portemonnaies im Zimmer 97 des Polizei-Präsidialgebäudes retrognozzieren.

**Zu die Gefahr des Erstickungstodes** gerieth, wie man nachträglich erfährt, am zweiten Osterfeiertage die Familie des in der Alsterstr. 32 wohnhaften Kohlenhändlers Weinberg. Derselbe hat vor dem Fest in seiner Wohnung einen Oelofenricht gemacht und übrigbleibende Harze dazu benutzt, um auch einen eisernen Ofen zu verschönern. Derselbe wurde ordentlich bepinselt und stellte nunmehr ein Meisterstück des malkundigen Kohlenhändlers dar. Am zweiten Feiertage wurde der Ofen angeht. Es entwickelte sich aber ein so stinkender Qualm, daß die Leute bald bewußtlos wurden und nicht mehr die Fenster zu öffnen vermochten, sondern in der Aufregung und Angst gleich mehrere Scheitern entzwei schlugen, um frische Luft zu erhalten.

**Ein Irrenstücker** hat zahlreichen Hauswirthin im Norden Schaden verursacht. In den Monaten Februar und März erschien bei mehreren Hauswirthin im Schönhauser-Thor-Viertel ein etwa 25jähriger Mann, welcher sich als Kaufmann H. aus der Landbergerstraße vorstellte und erklärte, eine Wohnung mieten zu wollen. H. gab sich nach Besichtigung der zu vermietenden Räumlichkeiten mit denselben zufrieden, schloß Kontrakt ab, leistete sogar auf Wunsch kleine Anzahlungen und ver-

abredete, die neue Wohnung am 1. April beziehen zu wollen. Zufällig kamen im vorigen Monat zwei Hausbesitzer zusammen und besprachen die Ereignisse. Hierbei erfuhr der eine über den neuen Miether, daß derselbe bei den Letzten wohne und geisteschwach sei. Im Irrenstücker hat der sonst ungeschickliche Mensch sechs Miethskontrakte mit Hauswirthin abgeschlossen, die nunmehr, da der Vater des Geistesgekränkten wohlhabend ist, auf Erfüllung des Kontraktes dringen.

**Selbstmord Unter den Linden.** In der verfloffenen Nacht gegen 12 Uhr erschoss sich auf einer nordwärts stehenden Bank im Mittelgange der Straße Unter den Linden ein anständig gekleideter etwa 30 Jahre alter Mann. Derselbe hatte sich mittelst Revolvers in die Schläfe geschossen; der Tod trat sofort ein. Die Detonation löste zahlreiche Passanten zur Unglücksstätte, denen sich ein erschütterter Aublick bot. Mit zerstückeltem Schädel lag der Selbstmörder am Boden, Lehne und Sitz der Bank war mit Blut bespritzt und eine große Blutlache war aus der Todeswunde gestromt. Da kein Lebenszeichen mehr konstatirt wurde, fand die Ueberführung des Selbstmörders nach dem Leichenschauhaus statt.

**Eine jugendliche Lebensmüde** hat vorgestern Nachmittag den Tod in der Spree gesucht. Gegen 5 Uhr bemerkten Passanten auf dem Flusse zwischen Treptow und Stralau ein kleines Boot, welches von einem jungen Mädchen allein fortbewegt wurde. Dasselbe erhob sich plötzlich und stürzte sich laullos in die Fluthen. Von beiden Ufern aus wurden sofort Boote flott gemacht und der Unglücksstelle zugerudert. Es gelang auch, die Selbstmörderin, als dieselbe wieder empor tauchte, zu erfassen und in eins der Fahrzeuge zu ziehen. Die Gerettete, welche bereits bewußtlos war, wurde in Stralau gelandet und in einem Hause doselbst untergebracht, wo sie nach einiger Zeit auch die Besinnung wieder erlangte. Das elegant gekleidete, hübsche, junge Mädchen gab auf Befragen an, daß es Anna H. heiße und in Berlin bei Verwandten in der Oranienstraße wohne. Ueber den Anlaß zu der verzeihlichen That verweigerte es jedoch jede Auskunft.

**Brand einer Pianoforte-Fabrik.** Die in der Annenstr. 8 belegene Pianoforte-Fabrik wurde gestern Vormittag von einem Brande heimgesucht, welcher die Thätigkeit der Feuerwehr etwa zwei Stunden in Anspruch nahm. Es brannten Hölzer auf Hängegerüsten, die Decke und Balkenlagen.

**Polizeibericht.** An der Ecke der Leipziger- und Mauerstraße fiel am 1. d. Mts. Vormittags ein Mann von einem in der Fahrt befindlichen Omnibus zur Erde und erlitt ansehend bedeutende Verletzungen am rechten Arm. — Im Thiergarten, nahe dem Göthe-Denkmal, versuchte ein Handlungslehrling zu derselben Zeit mittelst eines Taschenmessers sich die Pulsader an der linken Hand zu öffnen, brachte sich jedoch anscheinend nur eine leichte Verletzung bei. — In der Nacht zum 2. d. Mts. erschoss sich Unter den Linden auf der Mittelpromenade, gegenüber dem Hause 68 A., ein Kaufmann mittelst Revolvers. — Am 1. d. Mts. und am darauffolgenden Morgen fanden 4 kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Gegen das Erkenntniß des Schwurgerichts** am Landgericht Berlin II in Sachen des Köpenicker Aufrubes hatte Rechtsanwalt Stadthagen im Interesse des zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilten Angeklagten Schulz das Rechtsmittel der Revision ergriffen. Das Reichsgericht hat sämtliche in der Revisionschrift geltend gemachten Beschwerdepunkte als zutreffend nicht anerkannt und die Revision verworfen.

**Eine Beleidigung, die in Wahrung berechtigter Interessen begangen wird,** soll nach § 193 des Str.-G.-B. straflos sein. Was aber Wahrung berechtigter Interessen nicht ist, zeigt eine Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Der Arbeiter Malemann hatte über den Gendarmen Eippert zu Weihenfe bei dessen vorgelegter Behörde schriftlich Beschwerde geführt wegen ungebührlichen Betragens. Es erfolgte Anklage wegen Beleidigung und wurde Malemann zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Er legte Berufung ein und die Beweisaufnahme der geistigen Verhandlung ergab, daß, nach Aussage von vier Zeugen, Eippert einen jungen, schwächlichen Menschen, der bei einem Kaufauf sich nicht sofort entfernte, blutig geschlagen hatte, daß ferner, nach Aussage von 2 einwandfreien Zeugen, Eippert angegriffen gewesen sei. Von diesem letzteren Umstand will ein anderer Gendarm nichts bemerkt haben. Diese Thatsachen hatte Malemann in seinem Beschwerdeschreiben wohl ein wenig übertrieben, beruft sich aber mit vollem Recht darauf, daß von einem Gendarm doch wohl ein anderes Benehmen verlangt werden könne und verlangt den Schutz des § 193. Der Gerichtshof glaubt jedoch den beiden Gendarmen, meint von Wahrung berechtigter Interessen könne keine Rede sein und verwirft die Revision.

**Daß die Ehe im Himmel geschlossen werden,** ist eine Behauptung, welche durch die natürl. Wirklichkeit gar häufig widerlegt wird. Die Verhandlungen in den Ehecheidungs-Prozessen liefern häufig den Beweis, daß die Rosenketten, welche sich um ein Brautpaar schlingen, außerordentlich oft mit Dornen durchsetzt sind und von den Betreffenden gar bald als eine Last empfunden werden. Eine kleine Szene aus einem solchen anheimelnden Eheleben beschäftigte gestern die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I in einer Anklage wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung gegen den Kaufmann Friedr. Aug. Vornsdorf. Es war im wunderschönen Monat Mai, als der Angeklagte mit einer jungen Dame den „Bund fürs Leben“ schloß; aber der Monnemont war noch nicht zu Ende gegangen, als auch schon die Klage auf Ungültigkeitserklärung der Ehe von dem Angeklagten eingereicht war. Das junge Glück war in wenigen Tagen von rauhen Winden zerstreut, denn der Gemann hatte über die ihm angetraute Gemannin auf der Pilgerfahrt durch das Beden Dinge in Erfahrung gebracht, welche es ihm nützlich erscheinen ließen, auf diese Reisebegleitung zu verzichten. Diehl muß die häusliche Gemeinschaft nicht gewesen sein, welche das Ehepaar bis zu dem Ende August erfolgenden trennenden Nachtwort des Scheidungsrichters führte, denn eines Tages lockte die junge Frau durch laute, zum Fenster hinausgehende Hilferufe zwei Schutleute herbei, welchen sie anvertraute, daß ihr Mann sie tagtäglich bei seinem Fortzuge aus der Wohnung widerrechtlich einschleife. Sie beschwerte sich jedoch nicht auf diese mündliche Mitteilung, sondern reichte auch noch eine Denunziation gegen ihren Gemann ein, in welcher sie behauptete, daß derselbe sie fortgesetzt ihrer goldenen Freiheit beraube und in der Wohnung als Gefangene halte. Der so schwer Beschuldigte war aber ganz anderer Meinung: er versicherte, daß diese ganze Anschuldigung nur ein schlauer Raub seiner Gemannin zur Herbeiführung der Ehecheidung sei und brachte Zeugen zur Stelle, welche betanden sollten, daß die Denunziantin wiederholt gedroht hatte, ihn noch gehörig zu blamiren, bevor sie von ihm ginge. Zur Vernehmung dieser Zeugin kam es aber nicht, denn die Hauptbelastungszeugin, welche sich zu dieser Hauptaktion nicht nur eine sehr feine Toilette angelegt, sondern auch ein duffiges Roth aufgetragen hatte und über ihr geschleiertes Eheglück offenbar nicht sehr betrübt war, erklärte etwas Schnippisch, daß sie ihr Zeugniß verweigere und nicht nötig habe, Gründe dafür anzugeben. Damit hatte sie dem Staatsanwalt die Hauptwaffe entwandt und diesen blieb nur noch übrig, zu beantragen, der Denunziantin die gesammelten Kosten des Verfahrens aufzubürden. Der Gerichtshof vermochte keine Bestimmung zur Rechtfertigung eines solchen Antrages zu finden und erkannte deshalb nur auf

Freisprechung des Angeklagten. In heftigster Stimmung verließ das glücklich geschiedene Ehepaar den Gerichtssaal.

In Konstanz will die Polizei die Spuren eines anarchistischen Komplotts entdeckt haben, die aus einigen großen Städten dorthin geführt haben. Das Reichsgericht wird die Sache demnächst in einem Hochverratsprozess zu verhandeln haben.

## Arbeiterbewegung.

Prag, 1. April. Die streikenden Maurer verhalten sich im Allgemeinen ruhig, weniger ruhig ist das Verhalten der Maurer-Gehilfen und der Handlanger. Auf zahlreichen Baustellen wird fortgearbeitet, ebenso auf dem Aufstellungsplatze, welcher indes theilweise unter polizeilicher Bewachung steht. Zu einer heute Nachmittag nach Krassnitz einberufenen Versammlung hatten sich etwa 1000 Maurergehilfen eingefunden, die Erschienenen wurden von der Polizei ohne Mühe gestreut.

London, 2. April. Wie aus New-York gemeldet wird, finden die Gerichte von einem drohenden Streik der Kohlenarbeiter dort keinen Glauben.

Pittsburg, 2. April. Die streikenden Bergarbeiter stellen in Abrede, daß der Termin für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit geändert sei. Die Lage im Kohlenbezirk, in welchem sich die Anstrengungen der Bergarbeiter konzentriert, ist noch immer ernst. Die Grubenbesitzer erwarten jeden Augenblick den Ausbruch des Streiks.

## Soziale Uebersicht.

Achtung, Mechaniker! Die Arbeitsstellung bei der Firma Adler, Haas und Angerstein, Kommandantenstr. 18, ist durch Vermittelung der Soz. Ueberwachungskommission der Mechaniker Berlin beigelegt, indem die Firma die Fabrikordnung zurücknahm, den neunstündigen Arbeitstag wie den Minimallohn anerkannte. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Die Kommission.

Den Mitgliedern der freien Vereinigung der Maurer Berlin und Umgegend zur Kenntnis, daß alle diejenigen Kollegen, welche ihre Statistikkarten noch nicht in Empfang genommen haben, sie abholen können: Sonnabends und Montags in sämtlichen Zahlstellen sowie täglich im Verkehrslokal bei Kahlmann (in Vertretung Bernau), Rosenstr. 80, Ecke Neue Friedrichstraße. Kollegen! Wir ersuchen Euch recht dringend, die Bücher abzuholen und in rechter Würdigung der Bedeutung dieser Sache das Werk unverzüglich zu beginnen, damit am Jahreschluss eine recht umfangreiche Beteiligung an diesem Werke festzustellen ist. Der Vorstand, J. A.: Julius Bernau, Rosenstr. 80.

An alle Bau-Arbeiter Berlin. Kameraden! In den öffentlichen Bau-Arbeiter-Versammlungen am 1. und 24. März wurde beschlossen, drei Delegierte zu dem am 6. bis 9. April in Halle tagenden Kongress aller Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands zu entsenden. Um die Kosten hierzu decken zu können, wurde ferner beschlossen, Listen durch die Vertrauensmänner ausgeben zu lassen. Es ist daher Pflicht aller Bau-Arbeiter Berlin, auf dieselben zu zeichnen und sie so schnell wie möglich an die Vertrauensmänner zurückzugeben. Auch werden Listen am Sonnabend, den 4. April, Abends von 8-10 Uhr bei Schmidt, Wallstraße 65, entgegengenommen. Mit kameradschaftlichem Gruß: J. A. der Vertrauensmänner, H. G. Schmidt, Egererstr. 4, III.

Achtung, Steinmehrer! In der St. Sebastian-Kirche (Gartenplatz) haben die Steinmehrer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Der Steinmehrer Förster aus Nies, der die Steinmehrarbeit übernommen hat (und, wie er selbst sagt, die Arbeit um ein ganz bedeutendes billiger liefert, als der Mindestfordernde der Berliner Meister), will nämlich nur 60 Pf. Lohn bezahlen, während die Gesellen Gehälter von 80 bis 90 Pf. stellen haben, also mithin unter dem Berliner Minimallohn arbeiten lassen.

Wir richten hiermit an sämtliche Kollegen die dringende Bitte, sich mit uns solidarisch zu erklären und den Zugang nach diesem Bau fern zu halten.

Mit kollegialischem Gruß: Die streikenden Steinmehrer der St. Sebastian-Kirche.

NB. Die anwesenden Kollegen von Nies arbeiten vorläufig weiter. Der anschließende Bericht erfolgt am nächsten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Former und Vernisgenossen Berlin! Kollegen und Gewerkschafter! Noch einmal wage ich an Euch heranzutreten, noch einmal erinnere ich Euch an Eure Pflichten. Ihr wißt selbst, was Euch bevorsteht, seitdem das Unternehmertum glaubt, unsere Organisationen vernichtet zu haben, Ihr werdet dadurch, daß Ihr die Fühlung nach Außen verloren habt, Euch immer mehr zu Kulis degradieren lassen. Wir befinden uns am Wendepunkte unseres Kampfes, Ihr fühlt den Trud der Unternehmung sehr schwer. Nicht allein, daß man Euch mit langer Arbeitszeit bedrückt, die Preise der Arbeiter werden immer mehr heruntergebracht; man sagt Euch dreist: Wenn Ihr es nicht machen wollt, so stehen draußen hundert Kinder, die machen's gern. Warum? frage ich Euch! Weil Ihr nicht organisiert seid. Wie jagt man Euch durch Berlin, wenn Ihr arbeitslos seid, und am Orte angekommen sagt man Euch einfach, es ist alles besetzt. Jeder denkende Arbeiter muß sich selbst sagen, wenn das so weiter geht, bin ich rettungslos verloren. Ihr habt das Recht zu fordern, wenn Ihr nur wollt; weshalb in der Ede großen und schimpfen? Damit ist nichts gemacht. Zusehen ist die Hauptaufgabe; es wird Euch geboten, wenn Ihr nur wollt. Ich hoffe, der Mahnruf wird bei Euch nicht ungehört vorüberziehen, Ihr werdet wieder die Allen von früher werden, man wird in großen Organisationen die unsauberen Elemente fernhalten wissen, ein freier Geist wird Euch wieder vereinen, um geschlossen den Kampf gegen das Kapital zu führen. Um zu verhindern, daß wir in diesem Kampfe unterliegen, müssen die Organisationen weiter ausgebaut werden zu Organisationen, welche alle Vernisgenossen vereinen. Nur eine solche Organisation ist fähig, den Anprall der Unternehmung zurückzuwerfen. Ihr wißt, daß Ihr in der ganzen Welt als die Pioniere der Arbeiterbewegung gegolten habt, soll Euch der Welt Ruf verloren gehen? Der alte Kern liegt noch in Euch, Ihr müßt aber unbedingt Euch in Massen organisieren, so schnell, als irgend möglich; Euch wird jetzt die passende Gelegenheit geboten, mache jeder mit seinem eigenen glatte Rechnung, daß wir wie die anderen Vereine anständig überleben können und unsern Beruf keine Schande bereiten. Lasse jeder persönlichen Haß fallen, zeigt Euch als Männer der Zeit, laßt den Mut nicht sinken, weil der letzte Auswand zu unseren Ungunsten ausgefallen ist. Wir haben durch den Auswand viel Erfahrungen gesammelt, wir werden für die Folge die Kämpfe in geschlossenen Organisationen sicherer führen, als früher in den kleinen Vereinen. Deshalb, Kollegen, trich ans Werk, organisiert Euch wieder, dann wird uns in kurzer Zeit der Kampf zum Ziele führen. Mit kollegialischem Gruß Emil Jost, Vorsitzender des Fachvereins der Former, Berlin SO., Mariannenstr. 21.

„Deutscher Bauern-Bund“ heißt nicht nur ein agrarischer Verband, sondern auch ein hier in Berlin schon im siebenten Jahr erscheinendes Blättchen. Dieses Blatt tritt für die Ver-

behaltung der Getreideböden mit einem selbst bei einem Agrarierblatt ungewohnt durchsichtigen Egoismus auf. Die Begründung geschieht in einem Artikel: „Reichstag, werde hart!“ ungefähr so: Keine Bauern wären Sozialdemokraten werden; darum möge der Staat bewirken, daß die Bauern wohlhabend bleiben oder werden! Der Artikel spricht immer von den Bauern, sachlich meint er dagegen die größeren Grundbesitzer. Um der Sozialdemokratie unter den Bauern vorzubeugen, d. h. um einer Produktionsordnung entgegenzuarbeiten, welche Allen einen reichlichen Antheil an den erzeugten — und alsdann viel reichlicher als heute erzeugten — Gütern gewährt, soll ein Theil — auf Kosten des anderen Theiles — bereichert werden. Das Umgekehrte wäre doch sicher logischer und gerechter: Statt dem Einen auf Kosten des Anderen zu geben, bewirke man durch Einrichtungen, welche aus der Grundlage der gesellschaftlichen Solidarität beruhen, daß Beide mehr bekommen. In dem Artikel wird dann weiter dramatisirt, daß Bauern, soll heißen Großgrundbesitzer, und Industrie, d. i. Großindustrielle, sich einig wären — und was kommt bei diesem Bündnisse auf das Volk an. In einem anderen Artikel: „Unteroffizierstand, Sozialdemokratie und Landtagitation“ führt dasselbe Blatt aus, man müsse die Unteroffiziere so stellen und behandeln, daß sie sich als Gebieter und Bevorgungte fühlen und nach unten als Gebieter austreten, die zum „blindlings Gehorchen“, „ergehen“ und die Begehrlichkeit niederhalten. Der Verfasser des Artikels hat das heutige System wohl begriffen: Suche Ansehen nach oben, geselle Dich zu den Mächtigen und sie werden Dich unten fürchten und Dir dienen. Je mehr aber dies System auf die Spitze getrieben wird, um so mehr naht es seinem Untergange.

## Veranstaltungen.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung fand am 1. April unter dem Vorsitz des Genossen Fritz in Krüger's Salon statt. Genosse W. Börner hielt das Referat über die bevorstehende Kommunal-Wahl im 17. Kommunal-Wahlbezirk. Redner wies darauf hin, daß man zwar in der Stadtverordneten-Versammlung die soziale Frage nicht lösen werde, daß die Sozialdemokraten aber, wenn in genügender Zahl in die große Hause vertreten, immerhin dahin wirken könnten, daß der ärmere Theil der Bevölkerung Berlin zur Tragung der kommunalen Lasten nur in minimaler Weise herangezogen werde. Außerdem gebe es viel in der Verwaltung der Stadt zu reformiren; so müßten z. B. alle Betriebe, welche direkt oder indirekt von der Stadt ihre Beschäftigung erhalten, in die Hände derselben übergeführt werden. Redner zeigt dann an vielen Beispielen, wie die „freisinnige“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung Interessenspolitik treibe. Weil sie dies thue, müßten wir dahin streben, den Fortschritt zu durchbrechen. Auch im 17. Bezirk müsse möglichst ein Sozialdemokrat durchgebracht werden. — Die Ausführungen des Genossen Börner wurden beifällig aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Genosse W. Börner wurde einstimmig als Kandidat für den 17. Kommunal-Wahlbezirk anerkannt. Seitens verschiedener Genossen wurde zu reger Theilnahme an der Wahl aufgefordert. Am nächsten Sonntag findet ebenfalls eine Flugblattvertheilung statt. Wo sich die Genossen, welche helfen wollen, zu melden haben, wird vom „Vorwärts“ bekannt gegeben. Die Genossen werden gebeten, darauf zu achten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute in Krüger's Salon stattfindende Versammlung erklärt sich vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Energie bei der bevorstehenden Kommunal-Wahl im 17. Kommunal-Wahlbezirk für die Wahl eines sozialdemokratischen Vertreters zu wirken, um denselben zum Siege zu verhelfen.“

Der sozialdemokratische Wahlverein des vierten Wahlkreises hielt Mittwoch Abend eine Versammlung ab, welche sich eines ganz guten Besuches zu erfreuen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Grundmann, der während der Osterfeiertage dahingeshiedenen Genossen Jacob, Krause, Piesenthal und Nürnberg und ersuchte die Anwesenden, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Hieraus erhielt der Genosse Stever zu seinem Vortrag über die Kulturfeindlichkeit der Lehre Jesu das Wort. Der Referent äußerte sich darüber:

Man sei heute vielfach geneigt, daraus, daß die christliche Lehre bereits seit nahezu zweitausend Jahren besthe, den Schluss zu ziehen, daß dieselbe demzufolge auch wahr sein müsse. Das Christenthum würde aber nur dadurch seine Existenzberechtigung fundgeben, wenn es wirkliche Wahrheiten vertreten würde. Redner geht nun näher auf einzelne Punkte der christlichen Lehre ein und sucht an der Hand derselben einen kulturfeindlichen Charakter des Christenthums nachzuweisen. Er schließt ungefähr folgendermaßen:

Was ist es nun, was an Stelle der Glaubenslehre treten könnte? Es ist vor Allem die Wahrheit und diese findet man heut zu Tage nur allein in einer Partei. Nur eine Partei ist es heute, welche sich bewußt, ihre Ideen auf der Erkenntnis der Wahrheit aufzubauen und das ist der Sozialismus. Nicht jedes Einzelne ist es vor allen Dingen, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder von den Glaubenslehren fern gehalten und in den Geist der Wahrheit, des Sozialismus, von frühester Jugend eingeführt werden. (Starker Beifall.)

An der Diskussion theilnehmten sich die Genossen Seihorn, David, Stabernack, Mehner, Kullik, Heitmann, welche theils im Sinne der Ausführungen des Referenten sprachen, theils dessen Gedanken weiter verfolgten. Außerdem meldete sich zuletzt noch ein Herr Möwes zum Wort, der die christliche Lehre zu vertheidigen suchte, insoweit sie von Jesus selbst gelehrt sei, während er zugab, daß Manches durch die Uebersetzungen verändert sei. Der ausgesprochenen Ansicht, Jesus dürfe möglicherweise gar nicht existirt haben, trat er entschieden entgegen. Weiter meinte er, die Lehre von Jesus, welcher lehrte: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst, habe Aehnlichkeit mit dem Sozialismus; in den ältesten christlichen Gemeinden hätte man die Güter unter einander vertheilt.

Genosse Grundmann verwahrte den Sozialismus gegen diese Gleichstellung und erklärte dem Vorredner, daß der Sozialismus gar nicht an das ihm untergeschobene Märchen: „Theilen“ denke. Auch Genosse Stabernack und der Referent in einem kurzen Schlusswort widersprachen die Ausführungen des Herrn Möwes.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurden drei Referate, die Genossen Gröschke, Otto und Himmernann einstimmig gewählt. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde unter Verschiedenem die Firma Hartwig Söhne und Bär einer Kritik unterworfen.

In der öffentlichen Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 22. März, Abends 7 Uhr, auf dem Gesundbrunnen, hielt unter reger Theilnahme von Frauen und Männern Genosse Albert Auerbach einen interessanten Vortrag über: „Die Schule und die Sozialdemokratie.“ Zunächst ging Referent auf die Jugenderziehung nach dem heute vorherrschenden System des Nützeren ein, wobei er die Behauptung unserer Gegner, daß wir nirgends eine solche Schule hätten, wie bei uns, ins rechte Licht stellte. Der Kapitalismus bedarf des intelligenten Arbeiters, deshalb findet man auch, daß die Schulen als Bildungsstätten in den Industriebezirken viel besser gestellt werden, als auf dem Lande.

Es müßten unbedingt mehr Schulanstalten und eine bessere Besoldung der Lehrer geschaffen werden. Das letztere Punkt betrifft, so wäre nach den Bildungsstätten zu abelant der heutige Volksschullehrer der Typus eines Hunger-

leiders. — Der Staat verfähre auch nicht gleichmäßig bei der Behandlung der Kinder der Arbeiter und der Kinder der Beamten. Die Vernehrung der Schulen für letztere sei eine verhältnismäßig stärkere als für erstere und siehe in keinem richtigen Verhältnis zur Vernehrung der schulpflichtigen Jugend überhaupt. In Zahlen ausgedrückt stelle sich dies etwa so, daß für die Volksschule 25 pSt., für die höhere Schule 75 und für die Universität 84 pSt. herankämen, oder wenn wir die Kosten in Betracht ziehen wollten, so würde ein Kind pro Jahr der Volksschule etwa 18 M., des Gymnasiums 80 M. und der Universität etwa 461 M. dem Staate resp. der Kommunallosten, wozunochläme, daß ein Kind in der Volksschule eine viel längere Zeit zu verbleiben hätte, als etwa in der höheren Schule und der Universität. — Das neue Volksschulgesetz habe für uns nur sehr wenig Erfreuliches gebracht und trotz der Bestimmung, daß einlassige Schulen 80 und mehrklassige Schulen nicht über 70 Schüler pro Klasse haben dürften, konnte im Jahre 1889 festgestellt werden, daß in Preußen ca. 9000 Kinder ohne Unterricht bleiben mußten, theils aus Mangel an Schulen, theils aus Mangel an Lehrkräften, denn zu diesem Verufe halte es immer schwerer, geeignete Kräfte heranzubilden, hauptsächlich der mangelhaften Besoldung und der ewigen Schularbeitswegen. — Referent sprach hierauf des Längeren über die Einwirkung der Kirche auf das Schulwesen. Er verkannte, daß endlich die Verhebung aus der Volksschule verbannt, überhaupt der Unterricht konfessionslos werde. Der heutige Unterricht führe vielmehr zur Trennung anstatt zur Versöhnung. — Ebenso müsse die Erhebung des Schulgeldes fortfallen. Eine bessere Besoldung der Lehrer, eine Erhöhung der Lehrerwitwen-Pensionen sei nöthig, denn sonst wird es um die Bewältigung der Schülermassen sehr schlecht bestellt werden; es muß den Lehrern ein solches Gehalt gezahlt werden, daß sie sich auf allen Gebieten der Wissenschaften durch fortwährendes Studiren auf dem Laufenden halten können. Zum Schluss kam Referent noch auf die Jugend der Bourgeoisie zu sprechen und charakterisierte sie in deutlicher Weise. Sie sei es hauptsächlich, die uns als Gegner gegenübersteht, aber die Entscheidung in diesem Kampfe könne nicht mehr allzu lange dauern. Am Ende des neunzehnten Jahrhunderts möge die heutige Kapitalistenklasse noch genießen, was zu genießen da ist, es wird das Ende des Kapitalismus sein und im Beginn des neuen Jahrhunderts wird ein Morgenroth erscheinen, getragen auf den Schultern und über den Häuptern der heutigen Jugend des Proletariats! Lebhafter Beifall wurde dem Referenten für seinen Vortrag zu Theil und hohe Begeisterung sprach aus den Lippen so mancher Mutter und manches alten Vaters, die mit ihren zahlreichen Kindern erschienen waren und fast jedes Wort dem Referenten vom Munde abließen.

In der hierauf folgenden Diskussion sprach ein älterer Genosse seine vollste Zustimmung zu dem Vortrage aus und forderte zur Verbreitung der Wissenschaft energisch auf, um so zur politischen und wirtschaftlichen Macht zu gelangen. — Auch der Referent betonte in seinem Schlusswort nochmals die allgemeine Bildung des Proletariats und wies auf die „Bildungsschule“ und „Volkshäuser“ hin. — Der Ueberschuss von der Tagung im Betrage von 20 M. 50 Pf. wurde dem Vertrauensmann übergeben.

In der Versammlung der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Vernisgenossen hielt Herr Rechtsanwalt Preudenthal einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das rechtliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Zahlreiche Fragen betrafen das lebhafteste Interesse der Versammlung für dieses so wichtige und lehrreiche Thema. Das vom Vorstand ausgearbeitete Reglement für die Bibliothek fand einstimmige Annahme. Es wurde bekannt gemacht, daß die Aus- und Rückgabe der Bücher jeden Sonntag nach dem 1. und in den Vereinsversammlungen stattfindet. In Bibliothekaren wurden die Kollegen Karpe und Bräuner gewählt.

Bei der Ergänzungswahl zum Vorstände wurde Kollege Witte als Beifahrer gewählt. Ferner fand nach lebhafter Debatte ein Antrag, das Gehalt des Lehrers für den Fachverein aus der Vereinskasse zu bestreiten, Annahme. Das beliebende Vergütungs-Komitee wurde nach Aufhebung eines Mitgliedes desselben, auf ein Jahr neu beauftragt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß am Sonntag, den 28. Juni er., eine Dampferpartie nach Potsdam stattfindet und die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Die Versammlung verbunden mit gemüthlichem Beisammensein findet für den 1. Mai bei Seefeld, Grenadierstr. 83, statt. Am 3. Mai soll ein Ausflug stattfinden.

Der Fachverein sämtlicher in den Glace- und Kartonpapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am Montag, den 21. März, eine Generalversammlung ab. Kollege H. Widert gab in ausführlicher Weise Rechenschaft über die Thätigkeit des Vorstandes im letzten halben Jahre. Nachdem derselbe noch auf die Krise in der Industrie hingewiesen hatte, unter welcher auch unsere Gemerkschaft zu leiden hat, da überall Störungen in der Arbeit eintreten, und viele Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos geworden sind, wurde zur Wahl des gesammten Vorstandes geschritten. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender Adolf Jahn, zweiter Vorsitzender H. Piesenthal, erster Schriftführer C. Krause, Weißende Fel. Heine, zweiter Schriftführer R. Rudolf, Kassirer L. Bentler, Kassirerin Fel. Schüh, Revisoren G. Scherz und G. Fischer; Revisorin Frau Habicht. In die Sachkommission wurden gewählt H. Ehling, D. Sartow, Krüger, Frau Krause und Frau Seltzer. Von der Feier zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstags am 1. Mai wurde Abschied genommen und beschlossen, daß am 3. Mai ein gemüthliches Beisammensein zu arrangiren. Da der Fachverein kein Unterstützungsverein ist und auch nicht mit den Vereinsgenossen in Konflikt kommen will, wurde die Gründung des Streik- und Unterstützungsvereins in eine öffentliche Versammlung verwiesen; es soll dann daselbst hierzu eine Agitationskommission gewählt werden. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Gas-, Wasser- und Heizungs-Mohrleger und Gehilfen tagte am Sonntag, den 22. März. Genosse Bach sprach über „Moral und wirtschaftliche Verhältnisse.“ Eine Diskussion fand nicht statt. Bei der Wahl eines Kommissions-Mitgliedes wurde an Stelle des Kollegen Emil Tolkendorf Kollege Karpenkiel gewählt. Kollege Realin beantragte, unsern schwer erkrankten Kollegen Krebs 20 M. aus der Vereinskasse zu bewilligen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme mit dem Zusatz, nach Schluß der Versammlung noch eine freiwillige Sammlung zu veranstalten. Der Mohrleger-Gehilfen-Fachverein wurde den Mitgliedern als Demuziant bekannt gemacht. Nachdem noch der Vorhänge auf den neu gegründeten „Verband der Eisen- und Metallarbeiter“ aufmerksam gemacht und ersucht hatte, bei eventuell in nächster Zeit stattfindender Auflösung des Fachvereins sich demselben anzuschließen, wurde unser reger Beifahrer an den Sammlungen zum Agitations- und Unterstützungsvereins der Metallarbeiter ersucht. Abschied machte der Vorhänge auf die am 12. April stattfindende Fachvereins-Versammlung aufmerksam und schloß darauf die Versammlung.

Der Bildungsclub der Handwerker hielt unter Vorsitz des Koll. Piesenthal eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende theilte mit, daß der Vorstand im Namen des Klubs auf den Gräbern der Märzgefallenen einen Kranz niedergelegt habe. Es fand dies die Zustimmung sämtlicher Mitglieder. Hierauf sprach Koll. Ost. Wiener über das Testament Peters des Großen. Er erzielte reichen Beifall. Die Diskussion war sehr lebhaft; es sprachen die Kollegen Landrecht, Dopatz,

# Depeschen.

**Wien, 2. April.** (Telegramm des „Herold“). Die heutigen Gemeinderathen verliefen im Ganzen ruhig; bloß in der inneren Stadt fanden Mittags Erzeffe statt. Ein antisemitischer Advokat, Baron Berger, Sohn des ehemaligen liberalen Ministers, geriet mit liberalen Wählern in ein Handgemenge. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Wahresultate werden erst in später Abendstunde bekannt.

**Paris, 2. April.** (Telegr. des „Herold“). Ein Delegierter des Pariser Kongresses erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß, wenn auch der Kongreß den allgemeinen Ausstand annehmen sollte, das Votum dennoch nicht durchgeführt werden könnte, da es an der zur Veranfassung erforderlichen Zeit mangelte. Die Durchführung müsse bis zum nächsten Jahre verlagert werden.

**Budapest, 2. April.** (Telegr. d. „Herold“). Die ungarische demokratische Arbeiterpartei hat eine Bewegung inszeniert, welche sich die Abwendung der internationalen Arbeiter von der Freiheit des 1. Mai als Kundgebung der internationalen Sozialdemokratie zur Aufgabe stellt. Am 12. April soll in dieser Angelegenheit eine große Arbeiterversammlung stattfinden.

**Sofia, 2. April.** (Telegr. des „Herold“). Wie verlautet, ergab die bisherige Untersuchung, daß eine Verschwörung gegen das Leben Stambulow's und zwei seiner Ministerkollegen bestand. In Konstantinopel sind einige bulgarische Emigranten als der Mithsduld verdächtig verhaftet worden; ein anderer Theil der Verschwörer soll sich in Serbien aufhalten.

## Wolff's Telegraphen-Bureau.

**Paris, 2. April.** Wie aus Angers gemeldet wird, haben 2000 Arbeiter in den Schieferbrüchen von Trélazé von Neuem die Arbeit eingestellt, da ihnen nunmehr endgültig mitgeteilt worden, daß die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt werde.

**Paris, 2. April.** Bergarbeiter-Konferenz. In der heutigen Nachmittagssitzung wurde die Beratung über den allgemeinen internationalen Streik, als Mittel den achtstündigen Arbeitstag durchzuführen, begonnen. Der Präsident Burt erklärte, die Engländer seien dem allgemeinen Streik nicht abgeneigt. Gavrol und Desjussaux sprachen sich dahin aus, daß der allgemeine Streik vor dem 1. Mai beginne. Der Deutsche Prodam hob die Gefahren hervor, die ein allgemeiner Streik mit sich bringe; es frage sich, ob die Bergarbeiter die Mittel hätten, um den Streik auszuhalten; die Deutschen seien im Prinzip für den Ausstand; damit aber ein solcher gelinge, müsse er unerwartet kommen; man müsse ihn vorbereiten, aber es wäre zu zeitig, wenn er vor dem 1. Mai ausbräche. Wally erklärte sich Namens der französischen Abordnung mit dem Vorredner einverstanden; man müsse, bevor der allgemeine Streik erklärt würde, die Schaffung einer internationalen Vereinigung abwarten. Wenn indessen die Belgier den Ausstand beschließen, so werde man entscheiden können, ob, wenn die französischen, englischen und deutschen Bergbau-Gesellschaften den belgischen Gesellschaften Kohlen liefern würden, der allgemeine Ausstand beschloffen werden solle.

**Paris, 2. April.** Bergarbeiter-Kongreß. In Fortsetzung der Sitzung erklärte der Engländer Hannan, die Engländer seien der Idee eines allgemeinen Ausstandes nicht abgeneigt, aber man müsse zuvor die Folgen eines solchen erwägen. Desjussaux besteht auf der Nothwendigkeit eines Ausstandes und bekämpfte die von den Deutschen verlangte Hinhaltung sowie die von denselben ausgesprochenen Beschwörungen. Baur hob hervor, man müsse ohne Furcht und Schwäche vorgehen und im Prinzip den Streik annehmen, ohne jedoch das Datum festzusetzen. Der Belgier Desmet brachte alsdann einen Antrag ein, der gedruckt, vertheilt und morgen beraten werden soll. Derselbe geht dahin: Der Kongreß hält dafür, daß ein allgemeiner Ausstand nothwendig ist, um den Achtstundentag durchzuführen. Zugleich werden alle Regierungen ersucht, sich über die Ausarbeitung von Spezialgesetzen zu verständigen, die auf alle Bergarbeiter angewendet würden. Hierauf wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

**Philadelphia, 2. April.** Nach hier eingetroffenen Meldungen soll heute Vormittag in Morewood (Pennsylvania) zwischen den ausländigen Cole-Arbeitern und der bewaffneten Schutzmannschaft ein thätlicher Zusammenstoß stattgefunden haben. Dreihundert vierundzwanzig Ausländige seien nach den Werken der Philadelphia Coal-Gesellschaft gezogen, hätten die Thüren zu zertrümmern begonnen und auf die bei den Werken angestellten Sheriffs geschrien. Mehrere der Letzteren seien leicht verwundet worden. Die Sheriffs hätten die Schiffe mit Reingtonengewehren erwidert, sieben der Angreifer getödtet und eine größere Anzahl derselben verwundet.

Philadelphia, 2. April. Eine späteres Telegramm aus

Morewood giebt die Zahl der bei dem Zusammenstoß zwischen ausländigen Arbeitern und Schutzmannschaften getödteten Arbeiter auf 11, diejenigen der verwundeten auf 27 an. Derselben seien sämmtlich Ausländer.

## Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

**Einsender in Jherlohu.** Die „Freie Ztg.“ wird nicht bloß nach Jherlohu, sondern nach vielen anderen Orten in zahlreichen Exemplaren gratis und franko versandt. Eher wundert uns, daß das Blatt in keinem öffentlichen Lokale zu Jherlohu ausliegt; theilen Sie dies, falls Sie das Blatt gern einmal lesen, doch Herrn Richter mit, es wird ihm auf einige weitere Gratis-exemplare sicher nicht ankommen.

**P. Vitalis.** Wollen Sie uns! gefälligst an einem der nächsten Tage zwischen 9 und 12 Uhr Vormittags oder zwischen 6 und 8 Uhr Abends besuchen.

**Frauenfeld.** Ihre Einsendung haben wir der Tischler-Zeitung übermittleit.

**D. S., Neu-Ulm.** Die „Neue Zeit“ erscheint im Verlage von J. D. B. Diez, Stuttgart, Furtachstr. 12, wöchentlich einmal. Sie ist eine wissenschaftliche Revue.

**H. A., Konstanz.** Sie können den Betrag nach Empfang einsenden.

**D. C. 16.** 1. Da Sie in dem Kontrakte voranschließlich anerkannt haben, daß Ihnen die Wohnung mit ganzen Weseu übergeben ist, und versprochen haben, dieselbe in dem gleichen Zustande zurückzugeben, so müssen Sie bei Ihrem Auszuge die Reparaturkosten für einen beschädigten Ofen ersetzen, wenn Sie nicht beweisen, daß die Beschädigung in dem mangelhaften Zustande des Ofens ohne Ihre Schuld ihren Grund hatte. 2. Auch wegen dieses Anspruchs hat der Wirth ein Zurückbehaltungsrecht. 3. 6 Mark für die Entbindung und 1 Mark für jeden sonstigen Besuch.

**H. A., Schwedterstr. 236.** Sie sind überhaupt nicht verpflichtet, ein durch Ihre elfjährige Tochter zerbrochenes Schau-fenster zu bezahlen, wenn Sie nicht etwa Ihre Verpflichtung hierzu ausdrücklich anerkannt haben.

**F. V. Pappellacker.** Wenden Sie sich an den Kreisfchul-Inspektor mit der Bitte, Ihren Sohn vorzeitig zu dispenfieren.

**W. S. 29.** 1. Der Schuldschein ist gültig. Der Schuldner kann aber einwenden, daß er sich bei Ausstellung desselben über die Höhe seiner Schuld im Irrthum befunden hat. Er muß diesen Irrthum aber beweisen und darlegen, daß er nur eine geringere Summe verschuldet. Schuldscheine unter 150 M. sind überhaupt nicht stempelpflichtig. 2. Ihre Frage ist nicht recht klar; zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**H. S., Stranbgerstr.** Sie durften allerdings, während Sie wegen Arbeitsunfähigkeit krankengeld bezogen, nicht jener Nebenbeschäftigung nachgehen. Aber diese Ordnungswidrigkeit berechtigt die Vereine nicht, Sie als Mitglied auszuschließen. Wahrscheinlich könnten Sie mit einer beim Landgericht angestellten Klage durchdringen. Doch müßten wir, um ein bestimmtes Urtheil abgeben zu können, zunächst die Statuten einsehen.

**A. D. 22.** Die Frau ist nicht alterdversicherungs-pflichtig.

**F. L., Wrangeistr.** Sie sind an Ihren Kontrakt gebunden. Wenn Sie nachweisen können, daß infolge einer unfeinwilligen Veränderung in Ihren Verhältnissen Sie die Wohnung nicht gebrauchen können, so sind Sie berechtigt, der Wirthin einen passenden Aftermiether zu stellen, und wenn sie die Annahme desselben ohne schicklichen Grund verweigert, vom Vertrage zurückzutreten.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Ausgesperrten gingen ferner ein: Dragemüller, Wienerstr. 31, Ueberfchuß der Schlachtwurst-Auktion 440. Einige Handfchuhmacher aus Friedrichshagen 1.60. Gesammelt von den Parquetbodenlegern der Firma Schramm bei Ausarb. e. n. Preisabelle 5.50. Regellub Kalte Reune“ durch den Blütenwirth 10.—. Von Roabiter Gemossen gesammelt beim Blütenwirth 3.10. Statklub Null ouwert durch den Blütenwirth 3.—.

**W. M., Reichenbergerstr.** Ihr Spediteur ist vollständig im Recht. Die „Freie Vereinigung der Zeitungsredakteure“ verfolgt lediglich den Zweck der gegenseitigen geschäftlichen Unterstützung ihrer Mitglieder und hat weder mit unserer Partei noch mit unseren Bestrebungen etwas zu thun.

Pinger und Bartheit. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß mit dem 1. April das Fachblatt „Einigkeit“ obligatorisch eingeführt sei. Nachdem noch einige Kollegen als Mitglieder aufgenommen waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Den Rest des Abends blieben die Mitglieder gefellig zusammen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (einschl. Hülfskassen). Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 3. April, Vormittags 9 Uhr, im Woodster Kasino (Hagen), Wilmersdorerstr. 42. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung, 2. Anträge, betreffend Statutenänderung etc. Die Mitglieder werden unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung dringend ersucht, in der Versammlung sämmtlich zu erscheinen.

**Freireligiöse Gemeinde, Rosenfelderstr. 28.** Sonntag, den 3. April, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn W. Böllke: Freireligiosum und Christenthum. Abends 7 Uhr: Peter des 48. Stiftungsfestes. (Besuche Herr S. Wille.)

**In der humanistischen Gemeinde, Kommandantenstr. 79,** hält am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Herr Schäfer den Vortrag über die Harmonie als Erbsünde. Gäste willkommen.

**Leser- und Diskussionsklub, Freitag, Karl Marx, Abends 9 Uhr,** bei Schenke, Martenbörgerstr. 10. Gäste haben Zutritt. — „Süden“, Abends 8 Uhr bei Schwarzkopf, Stallbörgerstr. 11. Gäste, Tansen und Herron, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

**Arbeiter-Gängerband Berlin und Umgegend** Abends 9 Uhr, Uebungs-Kunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangsverein „Kollegiat“, Restaurant Weidenbergstr. 10. — Gesangsverein des „Fachsvereins der Unger Berlin und Umgegend“, Gemüthlichkeit, Zandstraße 70 bei Bräuer. — „Südbänder-Männerchor“, Berlin, Wille, Jankowstr. 20 bei Reussstein. — Männer-Gesangsverein der „Sänger Schmitz“, bei Tempel, Westendstr. 27. — Arbeiter-Gesangsverein „Nord“, Brunnenstr. 28 bei Quade. — Gesangsverein „Vorderstran“, Holzhauser Weinstr. 11. — „Kaiserlicher Männerchor“, Schönhofstr. 12 bei Wilmberg. — Gesangsverein „Wiederhall“, Wrangeistr. 141 bei Schmidt. — Arbeiter-Gesangsverein „Hoffnung“, Friedrichshagen, Friedrich-Warstr. 24 bei Schulze. — „Kumme!“ (der Gesangsverein), Elisabethstr. 11 bei Rühl. — Gesangsverein „Emeralda“, Köpenickerstr. 25 bei Keller, Abends 9 Uhr. — „Wilhelm Seeger'sche Liedertafel“, Abends 9 Uhr bei Trudis, Reichenbergerstraße 22. — Gesangsverein „Tonblüthe“, Götterstr. 28 bei Tollbörger. — „Kartbänder“ Gesangsverein, Wrangeistr. 99 bei Krüger, Frankfurter Wrangeistr. — Gesangsverein „Jugendstreben“ bei Keller, Bergstr. 22.

**Gesang-, Turn- und gefellige Vereine.** „Männerchor Walder“, ra 10 bei H. Wrangeistr. 67 bei Wille. — Männer-Gesangsverein „Union“, Abends 9 Uhr, in der Berliner Bod-Bräner. — Musikantenverein „Blau“, 11, Uebungs-Kunde. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

**Vergnügungsvereine** „Glad“, Abends 8 Uhr, Sigmund bei Wronke, Fichtestr. 22 nach der Sigmund Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Zeichen“, Sitzung mit Tansen von 9 Uhr ab, Wilmersdorerstr. 28 bei Gafon. Gäste willkommen. — „Fischer Verein“, Jägerstr. 28 bei Gafon. Abends 9 Uhr, im Restaurant „Glad“, Wrangeistr. 22. — Verein e.d.m. Schuler der 22. Gemeinde, S. H. L. Sigmund, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Korndamm“ (Ind. Cito, Ros), Wrangeistr. 22. Gäste willkommen. — „Mausfuß“, Obue 30 an g. Abends 8 Uhr, bei W. Sparr, Wrangeistr. 22. — „Statklub“, „Tourette“, Abends 8 Uhr, beim Genossen Karl Wirth, Wrangeistr. 22. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Substant zu Verfügung, zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie bezieht sich aber gleichzeitg dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifiziert zu werden.

Der gestrige Sprechsaal-Artikel ist mit einem falschen Namen unterzeichnet. Der betreffende Herr heißt Max Maire.

## Literarisches.

Die Expedition der „Glablichter“ in Wien (I. am Bergel 1) ersucht uns mitzutheilen, daß Nr. 38 dieses farbig illustrierten sozialdemokratischen Wochenschriftes als Mai-Festnummer erscheinen wird. Dieselbe wird in fünf Farben kolorierte Illustrationen unserer bewährten Genossen Kadeline enthalten, darunter ein schönes allegorisches Titelbild, ein großes, den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht behandelndes Doppelbild und ein in eine Kartouche zusammengefaßtes Tableau der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpresse. Außerdem einen musikalischen Beitrag (mit Noten) von Genossen Josef Schen und ausgewählte Beiträge unserer besten Mitarbeiter.

Um nun rechtzeitig die Auflage bestimmen zu können, ersucht sie, sobald als möglich die Bedarfsziffer mitzutheilen, damit sie an die Drucklegung schreiten könne.

Der Preis dieser Nummer im Einzelverkauf ist diesmal ausnahmsweise in Anbetracht der riesigen Herstellungskosten 10 Kr. = 15 Pfg. = 15 Cts.

Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß mit dem Drucke der vom Partei-Vorstande herausgegebenen Festschrift in diesen Tagen begonnen werden wird, und daß es sich sehr empfiehlt, die Bestellungen sofort an unseren Verlag gelangen zu lassen.

**Fritz Baur**  
**Anna Baur**  
zeigen ihre Vermählung an. 1941 b  
Berlin, den 3. April 1891.

Unsere Proppenbrüder **Max Scholz** zu seinem heutigen Wiedergeburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! Die Proppenbrüder vom Wedding, Wange, een lön'n wir noch nimm'n. 7b

## Dank.

Den Genossen und Freunden, die mit an meinem letzten Geburtstag ihre Theilnahme bekundeten, sage ich hiermit herzlichsten Dank.  
Chemnitz, den 31. März 1891.

**W. Liebknecht.**

## Achtung, Moabit!

Allen Genossen Moabit's empfehle meine neu eingerichtete Expedition **sämmtlicher Arbeiter-Blätter.** Frischeste Lieferung versprechend, zeichnet Achtungsvoll 1853 b  
**A. Schiefel,** Gohlstr. 8.

## Rieseneisbeine

mit Sauerkohl, Portion 40 Pfg., bei gemüthlichem Stat oder Schaßkopfs-piel, vorzüglichem Weiß- und Wairisch-Bier in 9 b  
**Sturm's Restauration,** GoAnowstr. 35.

Empfehle mein Restaurant mit **großem Vereinszimmer** bis zu 50 Personen. 8 b  
**Jüttner,** Barnimsstr. 16.



**Dr. Hoersch,** homöopath. Arzt.  
Artilleriestr. 27. 8-10, 6-7, Sonnt. 8-10

Für die zahlreiche Theilnehmung bei der Beerdigung meines Mannes

**Robert Nürnberg**  
am 3. Ostertag sage ich allen Freunden, Genossen und Genossinnen meinen tiefgefühlten Dank, besonders den 3 Gesangsvereinen, sowie dem Herrn Sievers für die trostreichen Worte am Grabe. 16 b

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Frau Emilie Nürnberg nebst Kinder.**

**Ernst, Georg, Robert Nürnberg.**

**Dankagung.**  
Allen Freunden, Kollegen und Genossen, welche bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Bruders, des Glaschleifers **Karl Franke** so herzliche Theilnahme bekundeten, unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen, die meinem Mann **August Ohnesorge** die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. 18 b

Die trauernde Wittwe  
**Pauline Ohnesorge nebst Tochter.**

**Sophabezüge!**  
Neste in Ripps, Damast, Granit, Plüsch u. dunt. Stoff. Spottbillig.  
**Emil Ledvre, Oranienstr. 158.**  
Proben franko!

Mein **Kohtabaf-Beschnitt** befindet sich jetzt  
**Weinbergsweg 4**  
am Rosenfelder Thor.  
**Eberhard Herz.**

## Große öffentl. Versammlung der Kupferschmiede

**Berlin und Umgegend**  
am Sonnabend, den 4. April, Abends 9 Uhr,  
in der **Brauerei Königstadt,** Schönhauser Allee 10-11.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Körsten.** 2. Abrechnung des Unterstützungsfonds und Bericht der Revisoren. 3. Beschluffassung über die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands. 4. Stellungnahme zum 1. Mai. 5. Verschiedenes. 3b  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

## Achtung!

**Berein der Zitzschuh-Arbeiter**  
und Berufsgenossen  
Berlins und Umgegend.  
Sonnabend, 4. April, Abends 8 Uhr:  
**Große Versammlung**  
bei **Röllig,** Neue Friedrichstraße 44.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **H. Sievers** über Arbeiter-Schutz-Gesetze. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1891. 4. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission und Neuwahl derselben. 5. Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist unbedingt nothwendig. 360/3  
Der Vorstand.

## Friedrichshagen!

Sonnabend, 4. April, im Saale des Herrn **C. Conrad: Öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungs-Vereins.** Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wie feiern wir den 1. Mai?  
Der Vorstand.  
Empf. all. Genossen mein Wärtchen- und Pinsel-Geschäft. 307 L  
**H. Lene,** Poststr. 16.

## Ortskrantentasse d. Korbmacher.

**General-Versammlung**  
am Montag, den 13. April, Abends 8 Uhr, bei **Koll,** Wadbeckstraße 21.  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Prüfungskommission. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. 15 b  
Der Vorstand.

## Berein der Ban-Anhänger

**Berlin und Umgegend.**  
Sonntag, 5. April, Vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
bei **O. Kessner,** Annenstr. 16.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um zahlreicher Besuch gebeten. 13 b  
Der Vorstand.

## Berein der Einseher (Tischler)

**Berlin und Umgegend.**  
Sonntag, 5. April, Vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Ordentliche General-Versammlung**  
bei **Röllig,** Neue Friedrichstraße 44.

Tagesordnung:  
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 1. Quartal.  
2. Jahresabschluss vom Vergnügungs-komitee.  
3. Innere Vereinsangelegenheiten und wie stellen wir uns zum 1. Mai.  
4. Fragekasten.  
Um rege Theilnehmung wird gebeten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 145/7  
Der Vorstand.

## Ein tüchtiger, strebsamer Geschäftsmann, guter Parteigenosse, sucht zur nothwendigen Erweiterung seines stott gehenden Geschäfts 600-1000 M. gegen Sicherheit anzuleihen. Beste Referenzen stehen zu Diensten. Off. unter Fr. K. O. an die Expedition ds. Bl.

**Musikinstrumente,** größte Ausw., sowie Musikwerke-Betrieb. **Aug. Kessler,** Lanfängerstr. 51. Theilzahlung gestattet.

## Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupstr. 7, I. Auch Peterlags.**

## Betten

**F. R. Retzlaff,** Bettfedern-Spezial-Geschäft **Brückenstr. 5** (Jannowsk-Heide) Zettlisch, gestreut.

**Kinderwagen.** Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23, D. P.**

Kreisheere, Mund-, Siedemaschine u. Wertbänke zu verk. **Wasserthorstr. 39.**

**Kochstr. 56** sofort **Werkstatt** zu vermieten. 464 L

Freundl. Schlafstelle **Forsterstr. 40,** 4 Tr. bei **Siborius.** 6b

## Arbeitsmarkt.

Arbeiter, welche schon in Feldbahn-Fabrik gearbeitet haben, finden dauernde Stellung. Zu melden Nachmittags 6-9 Uhr bei **Fredenstein & Co.,** 910M) Unter den Linden 47.

Knabe oder Mädchen z. Effentragen 2-3 Uhr. **Orianiensstr. 143, Hof part.**

Eine größere Silberwaaren-Fabrik sucht einen tüchtigen Formzer, der vor allem auf **leichten Feingut** gut gearbeitet ist. Offerten unter **P. B. H.** in der Exped. d. Bl. 467 L

Tüchtiger **Schlosser,** der selbständig bessere eis. Bethellen u. anfertig. kann, findet dauernde Beschäftigung b. **Adolf Müller,** Bethanien-Ufer 6. 100 M